

(Beginn: 10.09 Uhr)

### **Begrüßung**

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dieser 14. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 27.02.2008 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 6 vom 6. März 2008 öffentlich bekannt gemacht.

### **Entschuldigungen**

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung und dem Protokoll bekannt. Die Namen werden ihm beigelegt.

Als

### **B e i s i t z e r**

darf ich

- Herrn Kollegen Dünner
- und
- Frau Barbara Soloch

bitten, hier oben Platz zu nehmen.

(Allgemeine Ahs! und Ohs! sowie Bravo!)

Ich glaube, die Dame und Herr werden heute Beschäftigung finden. Man hörte so einiges.

Meine Damen und Herren, der **Tagesordnungspunkt 1** lautet:

### **Anerkennung der Tagesordnung**

Die aktualisierte Tagesordnung ist Ihnen in den Fraktionssitzungen verteilt worden bzw. liegt darüber hinaus auf Ihren Tischen aus.

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden aktualisierten Tagesordnung einverstanden? – Das ist der Fall; dann ist sie so **akzeptiert**.

### **Tagesordnungspunkt 2:**

#### **Verpflichtung neuer Mitglieder**

Für das ausgeschiedene Mitglied Frau Bettina Margret Herlitzius, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist Herr Jens Petring als Nachfolger nachgerückt.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Petring, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch!

(Jens Petring, Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN: Danke sehr!)

### **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Umbesetzung in den Ausschüssen**

- Antrag Nr. 12/286 SPD-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/295 FDP-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/301 FDP-Fraktion –

Ihnen liegen diese Anträge vor. Wer den Anträgen, die ich soeben verlesen habe, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen gibt es auch nicht. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

### **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **Wahl der Landesrätin/des Landesrates des Dezernates „Finanzen, Wirtschaft“**

- Vorlage Nr. 12/3061 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2008 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion eine Empfehlung an die Landschaftsversammlung gefasst. Der Beschluss lautet:

Frau Landesrätin Renate Hötte wird mit Wirkung vom 01.06.2008 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zur Landesrätin des Dezernates „Finanzen, Wirtschaft“ gewählt und erhält gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 4 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 4 (BBesO) zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Eine

Änderung des Geschäftsbereiches ist möglich.

Durch Beschluss der Landschaftsversammlung Rheinland vom 11. Januar 2008 wird Frau Hötte zum 01.06.2008 die Funktion der Ersten Landesrätin – allgemeine Vertreterin des Landesdirektors – übertragen. Sie erhält ab diesem Zeitpunkt gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 2 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 6 (BBesO) zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung.

Gibt es zu diesem Vorschlag des Landschaftsausschusses Wortmeldungen? – Das ist der Fall. Herr Heidrich bitte.

**Heidrich (CDU):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wie bereits im Landschaftsausschuss schlägt die CDU-Fraktion als ihren Vorschlag Herrn Thomas Neukirch vor, bittet darum, dass beide Kandidaten sich kurz vorstellen, und beantragt geheime Wahl.

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Da jedes Mitglied der Landschaftsversammlung das Recht darauf hat, die Kandidatin und den Kandidaten für seine eigene Wahlentscheidung kennenzulernen, habe ich keine Bedenken, dem Antrag der CDU-Fraktion nachzukommen. Ich sehe, dazu gibt es keinen Widerspruch.

Dann verfahren wir so, und ich – alphabetisch H vor N – bitte, dass Frau Renate Hötte zunächst das Wort nimmt und sich in drei, vier Minuten kurz vorstellt.

**Frau Hötte,** Landesrätin für Personal, Organisation: Sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm! Sehr geehrter Herr Molsberger! Sehr geehrter Herr Dr. Baur vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Vorstellung gewünscht. Dem komme ich gerne nach.

Mein Name ist Renate Hötte. Ich bin 42 Jahre alt, verheiratet und lebe in Würselen. Meine Laufbahn begann ich bei der Stadtverwaltung Aachen. Ich war dort seit 1982 in verschiedensten Funktionen und Bereichen tätig, zuletzt seit

1998 als Fachbereichsleiterin für Personal, Organisation, IT und Call-Center.

Ich habe bei der Stadt Aachen vielfältige Projekte im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Steuerungsmodells bearbeitet. Unter anderem habe ich mich intensiv mit den Themen um das NKF beschäftigt, Projekte geleitet und natürlich die Vorbereitungen auch in Aachen geschaffen, damit NKF umgesetzt werden kann.

Ich habe die Bildung eines neuen Fachbereichs zunächst sehr verantwortlich projektiert, nämlich das Gebäudemanagement der Stadt Aachen. Das war seinerzeit ein Projekt, das in der Zielsetzung der Zusammenführung von Hochbau, Liegenschaften und kaufmännischen Bereichen recht neu in Deutschland und damit meines Erachtens ein gutes Pilotprojekt für andere Kommunen war.

Dieser Fachbereich ist auch 1998 an den Start gegangen und ist heute eine sehr erfolgreich arbeitende wie ein Eigenbetrieb geführte Einrichtung bei der Stadt Aachen. Ich möchte das ansprechen, um Ihnen darzulegen, dass dieser neue Geschäftsbereich, um den ich mich hier bewerbe, mir nahe liegt, also zum einen das Bau- und Liegenschaftsmanagement, aber insbesondere das Finanzwesen.

Von der Ausbildung her bin ich Diplom-Verwaltungswirtin und Betriebswirtin VWA. Ich habe mich also mit dem Finanzwesen intensiv im Studium auseinandergesetzt. Ich habe aber auch viele Jahre in Aachen verantwortlich das Thema Haushaltskonsolidierung betrieben, das nicht primär bei der Kämmerei angesiedelt war, sondern in einer Projektgruppe bei mir im Fachbereich Personal und Organisation.

Also: Auch die Themen um die Finanzen sind mir nicht nur bekannt. Viele Jahre habe ich mitwirken und versuchen können, immer einen soliden Haushalt mit meiner Projektgruppe mitzugestalten, und das habe ich verantwortlich getan. Ich denke, die Ergebnisse konnten sich sehen lassen.

Das soll reichen. Ich bin ja nun seit fast drei Jahren beim Landschaftsverband Rheinland als Dezernentin für Personal und Organisation tätig. In dieser Funktion haben Sie mich kennengelernt und haben miterleben dürfen, welche Vorhaben ich umgesetzt habe. Ich möchte zum Beispiel die

Fachbereichsbildung oder das Personalentwicklungskonzept ansprechen. Insoweit habe ich Ihnen in dieser Funktion meine Arbeit näherbringen können.

Ich hoffe, dass Sie so von meiner Professionalität überzeugt sind, dass ich auch heute Ihre Stimme erhalte. – Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Dann darf ich Herrn Thomas Neukirch bitten, das Wort zu nehmen.

**Thomas Neukirch:** Guten Tag, meine Damen und Herren! – Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich mich kurz bei Ihnen vorstellen darf.

Mein Name ist Thomas Neukirch. Ich bin zurzeit Hauptamtsleiter bei der Landeshauptstadt Düsseldorf und verantworte dort mit ca. 360 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das komplette interne Geschäft der Landeshauptstadt Düsseldorf. Dazu gehörten ehemals drei Ämter: der IT-Bereich, das Personalamt und das Orga-Amt. Es gehört auch noch so etwas wie die Verwaltungswirtschaftsakademie, das Studieninstitut und die Verfassungsabteilung in Düsseldorf hinein – also alles, was im internen Bereich ist.

Aus diesem Orga-Amt heraus ist eine unserer Aufgaben, das Thema Zentrale Finanzbuchhaltung und das NKF in Düsseldorf aufzubauen. Wir haben es geschafft, den sehr zersplitterten Bereich der verschiedenen Menschen in Düsseldorf, die sich mit dem Thema Gebäude auseinandergesetzt haben, in einem Amt für Gebäudemangement zusammenzuführen. Das ist im Wesentlichen vom Hauptamt, dem sogenannten Amt 10, gemacht worden.

Ich bin Jahrgang 1965, das heißt 42 Jahre alt. Ich bin von der Ausbildung her Diplom-Wirtschaftsingenieur, verheiratet und habe auch drei Kinder im Alter von vier, sieben und zehn Jahren.

Neben der hauptsächlichen Tätigkeit als Hauptamtsleiter in Düsseldorf – das ist ja ein sehr alter Begriff; meine Freunde fragen mich immer, ob ich regelmäßig Ärmelschoner tragen muss; das ist natürlich nicht der Fall – bin ich noch Ge-

schäftsführer der ITK Rhein-Ruhr, der IT-Kooperation Rhein-Ruhr. Das ist ein Zusammenschluss der Städte Dortmund, Bochum, Duisburg, Mönchengladbach, Düsseldorf und der Rechenzentren in Moers und in Neuss.

Wir versuchen seit 2003 relativ erfolgreich eines zu machen, was ein bisschen für den Landschaftsverband Rheinland spricht: dass die Kommunen nicht mehr alles für sich selber machen, sondern dass man sich gemeinschaftlich Aufgaben teilt. Einige dieser IT-Verfahren setzen wir mittlerweile für 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Düsseldorf ein.

Die sozusagen zweite Nebentätigkeit: Ich bin im Vorstand der digitalen Stadt Düsseldorf. Das ist ein Verein zur Wirtschaftsförderung. Dieser Verein hat die 100 größten Arbeitgeber in Düsseldorf, im Kreis Mettmann und im Rhein-Kreis Neuss als Mitglieder. Wir versuchen dort, den Standort der IT und TK, also der Informations-technologieindustrie und der Telekom-Industrie, in Düsseldorf und in der Region zu stärken.

Warum habe ich mich hier beworben? Die Stelle des für die Finanzen Verantwortlichen im Landschaftsverband ist eine sehr interessante Stelle an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung. Ich habe es eben angedeutet: Aus meiner Sicht ist der Landschaftsverband Rheinland ein Musterbeispiel für Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften.

Ich gehe persönlich fest davon aus, dass in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen diese Zusammenarbeit noch deutlich stärker wird um sich greifen müssen. Ich denke, dass der Landschaftsverband eigentlich eine sehr gute Ausgangsposition hat, mit seinem Modell weitere Aufgaben zu übernehmen. An dieser Stelle mitzuarbeiten habe ich sehr großes Interesse.

Zu meinem Werdegang noch ganz kurz: Ich bin Diplom-Wirtschaftsingenieur. Das heißt, ich habe Maschinenbau und Betriebswirtschaftslehre studiert; ein Studiengang, der in der öffentlichen Verwaltung eher selten ist. Das hatte dazu geführt, dass meine erste Tätigkeit für die Landeshauptstadt Düsseldorf bei der Müllabfuhr war, weil man sagte: Von so einem Ingenieur wissen wir gar nicht, was er kann oder was er nicht kann. Bei der Müllabfuhr haben wir Maschinen und stecken den daher dorthin.

Das war damals eine faszinierende Zeit. Ein Name in Nordrhein-Westfalen war Trienekens, und es ging um viel Privatisierung. Dadurch habe ich eine ganze Menge gelernt, was man bei einer Privatisierung gut machen und was man nicht so gut machen kann.

Ich war in verschiedenen Stationen in Düsseldorf, unter anderem im Personaldezernat – der eine oder andere kennt ihn – bei Herrn Potthast, der zurzeit bei der KGSt stellvertretender Vorstand ist. Danach bei Herrn Erwin im Büro und anschließend Hauptamtsleiter.

Vorher hatte ich noch während meines Studiums bei Volkswagen in Wolfsburg und bei der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh gearbeitet.

Das soll zu meinem Werdegang reichen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es sind auch keine anderen Kandidaten benannt worden.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, dass geheim abgestimmt wird. Dann wird so verfahren. Die Wahlzettel sind vorbereitet und werden Ihnen gegen Abgabe der namentlichen Stimmkarten, die Sie alle vor sich auf Ihrem Platz finden, ausgehändigt.

Ich weise darauf hin, dass Neinstimmen gemäß § 10 Abs. 3 gültige Stimmen sind und Enthaltungen möglich sind. Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn Ergänzungen vorgenommen werden, er nicht ausgefüllt ist oder mehrere Kreuze gemacht werden.

Wenn Sie also Frau Hötte wählen möchten, kreuzen Sie auf dem Wahlzettel Hötte an. Stimmen Sie für Herrn Neukirch, machen Sie bitte entsprechend Ihr Kreuz bei dem Namen Neukirch.

Bitte benutzen Sie die beiden im Saal befindlichen Wahlkabinen, damit die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang und darf die Dame und den Herrn bitten, die Namen zu verlesen. Barbara, bitte.

(Namensaufruf durch die  
Beisitzer von 10.22 bis 10.37 Uhr)

Haben alle den Stimmzettel abgegeben? – Damit ist der Wahlgang geschlossen. Dann bitte ich, die Stimmen auszuzählen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis zum Auszählungsergebnis – sagen wir: fünf Minuten.

(Zuruf von der SPD: Weiter! –  
Unterbrechung von 10.37 bis 10.46 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben: Zahl der abgegebenen Stimmen 110, davon Ja- oder Neinstimmen 107, Stimmenthaltungen 3. Mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen – 54 – sind erforderlich.

Es entfallen auf Frau Hötte 55 Stimmen, auf Herrn Neukirch 52 Stimmen. Damit ist **Frau Hötte** zur Landesrätin des Dezernates „Finanzen, Wirtschaft“ **gewählt**.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP – Frau Hötte  
betritt den Saal)

Frau Hötte, ich darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben. Die Landschaftsversammlung hat Sie mit Mehrheit zur Landesrätin für das Dezernat „Finanzen, Wirtschaft“ gewählt. Ich gratuliere Ihnen und wünsche weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Dr. Wilhelm überreicht der Gewählten einen Blumenstrauß – Es werden Fotos von Landesdirektor Molsberger, Landesrätin Renate Hötte und Dr. Jürgen Wilhelm gefertigt)

Frau Hötte bitte.

**Frau Hötte,** Landesrätin für Personal, Organisation: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich kurzfassen; wir haben ja noch einiges auf der Tagesordnung.

Ich möchte mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie mir das Amt der Kämmerin zum 01.06. übertragen, das ich gerne neben dem Amt der Ersten Landesrätin wahrnehmen werde.

Ich bin mir der verantwortungsvollen Aufgabe bewusst. Ich werde mit Hingabe daran arbeiten, dass ich den Haushalt nicht nur solide aufstelle, sondern auch in unserem Sinne für den LVR und unsere Mitglieds Körperschaften nach Möglichkeit dafür Sorge, ihn mehr zu können.

Herzlichen Dank nochmals!

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eines ist jetzt auch sicher: Ich werde, wenn ich das nächste Mal hier stehe, nicht deswegen hier stehen, weil es wieder eine Wahl oder eine Bestellung war – ich denke, derer ist es jetzt genug –, sondern weil ich den Haushalt für das Jahr 2009 einbringen werde. Ich denke, das wird noch in diesem Jahr sein. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN und FDP – Es überrei-  
chen der Gewählten Blumensträuße: Herr  
Paßmann, Herr Dr. Rolle, Frau Asch  
und Herr Heidrich; Herr Detjen gratu-  
liert)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm: Tagesordnungs-  
punkt 5:**

**Konzept zur Neuorganisation des  
Servicebetriebes Viersen der Kranken-  
hauszentralwäschereien und der Kauf-  
männischen Direktionen der Rheini-  
schen Kliniken Mönchengladbach, der  
Rheinischen Kliniken Viersen und  
der Rheinischen Klinik für Ortho-  
pädie Viersen**

– Vorlage Nr. 12/2941 –  
– Antrag Nr. 12/288 FDP,  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 07.03.2008 die Angelegenheit beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 12/2941 einschließlich dem Antrag 12/288 zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Heidrich, CDU: Doch!)

– Doch? – Oh ja, Entschuldigung. Herr Heidrich, bitte schön.

**Heidrich (CDU):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir hatten darüber hinaus im Landschaftsausschuss darum gebeten, dass die Entscheidungen aus der gemeinsamen Sitzung zu Protokoll gegeben und mitbeschlossen wurden, dass nämlich die Mitarbeiter aus Mönchengladbach die Möglichkeit haben, sich auf die Stellen, die in Viersen ausgeschrieben werden, zu bewerben. Das möchte ich hier deutlich machen.

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Das trifft zu. Das ist auf die Zustimmung der anderen Fraktionen im Landschaftsausschuss gestoßen und ist so protokolliert worden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage 12/2941 und dem Antrag 12/288 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben **einstimmig** so **beschlossen**.

**Tagesordnungspunkt 6:**

**Satzung zur Änderung der Betriebs-  
satzung für die Rheinischen Kliniken  
(RK) und die Rheinische Klinik für  
Orthopädie Viersen des Landschafts-  
verbandes Rheinland**

– Vorlage Nr. 12/3026 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2008 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 12/3026 zu beschließen.

Gibt es den Wunsch zu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben **einstimmig** so **beschlossen**.

**Tagesordnungspunkt 7:**

**Neufassung der Rechnungsprüfungs-  
ordnung für den Landschaftsverband  
Rheinland sowie der Dienstanweisung  
für die Rechnungsprüfung**

– Vorlage Nr. 12/2719 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2008 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 12/2719 zu beschließen.

Gibt es den Wunsch, hierzu das Wort zu nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – **Einstimmig so beschlossen.**

**Tagesordnungspunkt 8:**

**Haushaltssatzung für das Haushalts-  
jahr 2008 mit Haushaltsplan und An-  
lagen**

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen folgendes Verfahren vorschlagen. Erstens werde ich die Fraktionen zu Wortmeldungen bzw. Statements/Redebeiträgen zum Haushalt auffordern. Danach werde ich in folgender Reihenfolge über Anträge abstimmen lassen.

1. die Abstimmung über die Einzelanträge gemäß aktualisierter Liste einschließlich dem Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 7. März 2008, also im Zweifel in cumulo;
2. Abstimmung über den Umlagesatz. Dazu gibt es zwei Anträge. Das sind die lfd. Nr. 37 der Liste und die lfd. Nr. 38 der Liste.
3. Abstimmung über die Haushaltssatzung des LVR mit NKF-Haushaltsplan usw.
4. kommen die Wirtschaftsplanentwürfe unter dem Tagesordnungspunkt 8.3.

Wenn Sie mit dieser Verfahrensweise einverstanden sind, darf ich zunächst um Ihre Wortmeldungen bitten. – Für die CDU spricht Herr Heidrich. Bitte schön.

**Heidrich (CDU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „In den letzten 30 Jahren wurden in NRW Jahr für Jahr ca. zehn Prozent mehr ausgegeben als eingenommen.“ Dieses Zitat des Ersten Landesrates und Kämmerers Harry Voigtsberger aus der Rede bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs am 11.01. 2008 macht deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Ich brauche ja nicht darauf hinzuweisen, wer in dieser Zeit in Düsseldorf die Landesregierung stellte und dies zu verantworten hat.

Diese Herausforderungen sind so bedeutend, dass man heute bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2008 eine differenziertere Betrachtung vornehmen muss. Bevor ich dies tue möchte ich zunächst meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landschaftsverbandes aussprechen, die sich unter unserem Motto bzw. unter unserem Leitfaden „Qualität für Menschen“ in und für diesen Verband eingesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

In den Dank schließe ich natürlich auch und insbesondere die Verwaltungsführung mit ein, an der Spitze Landesdirektor Udo Molsberger.

(Beifall bei der CDU)

„Das Schicksal meint es dabei gut mit mir, denn ich darf Ihnen einen ausgesprochen positiven Haushalt vorlegen.“ Dies, meine Damen und Herren, ist ein weiteres Zitat des Kämmerers Harry Voigtsberger aus seiner Haushaltsrede.

Nun ist das bei allem Respekt so eine Sache mit dem Schicksal.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Genau! Die Landesregierung ist unser  
Schicksal!)

Zum Schicksal gehören hin und wieder auch Schicksalsschläge. Ein solcher Schicksalsschlag erreichte uns in den letzten Wochen durch die Entwicklungen bei der WestLB.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN: Schicksalsschlag?)

Und nicht nur uns, sondern auch das Land und die kommunale Familie allumfassend.

(Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Rüttgers sei Dank!)

Die Gründe für die aktuelle Entwicklung der WestLB sind so komplex und so kompliziert,

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Die CDU will nicht verstehen!)

dass man nicht leichtfertig versuchen kann, diese vordergründig darzustellen, sondern man muss in diesem Zusammenhang aufzeigen, dass einer der Gründe die Immobilienkrise in den USA ist.

Es gibt noch weitere Gründe, aber lassen Sie mich zunächst auf die Immobilienkrise eingehen; denn diese hat dazu geführt, dass nicht nur die WestLB, sondern fast die gesamte Bankenwelt von dieser Krise erfasst wurde. Allerdings konnten die meisten Banken diese Krise bzw. ihre Verluste wesentlich besser abfangen, als die WestLB es konnte – und dies, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat, wenn ich dies politisch bewerte, Gründe; Gründe, die in der Geschichte der WestLB zu suchen sind.

Während viele Banken ihre Verluste durch Rückstellungen ausgleichen konnten, sind die dringend benötigten Rückstellungen bei der WestLB durch Missmanagement in der Vergangenheit sowie durch Selbstbedienung der SPD unter dem Vorstandsvorsitzenden Neuber und dem Finanzminister Schleußer verschleudert worden.

(Zustimmung bei der CDU – Widerspruch bei SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Der muss aber ganz tief in die Tasche gegriffen haben!)

Ich darf insoweit auf den Artikel des „Spiegel“ in dem Heft 7 aus dem Jahr 2000 verweisen – auf Wunsch stellen wir Ihnen den gern zur Verfügung –, der unter dem Titel „Die rote Kasse der Genossen“ schon deutlich machte, wie sich die SPD über die vom Kämmerer zitierte Verschuldungspolitik des Landes hinaus der Mittel der WestLB bediente.

Der weitere Untertitel dieser Veröffentlichung lautete: „Jahrzehntelang nutzten Düsseldorfer SPD-

Politiker die WestLB als heimliche Geldgeber des Staates. Jetzt kommt heraus: Die Genossen an der Spitze der mächtigen Bank halfen sogar bei der Finanzierung des SPD-Wahlkampfes in Brandenburg.“ So weit das Zitat.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Sind Sie nicht auch in den Gremien in den letzten Jahren, Herr Heidrich?)

– Nein. – Wäre bereits damals die WestLB als Bank und nicht als Zweigstelle der SPD-Kasse geführt worden, hätte man heute die Mittel gehabt, um aus der starken Rücklage heraus eine solche Krise zu bewältigen.

(Zustimmung bei der CDU  
– Zurufe von der SPD)

Dies ist nun nicht mehr der Fall, und somit mussten und müssen wir als Miteigentümer Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung belastet unseren Haushalt in diesem und in den nächsten Jahren in einer Größenordnung von 120 Millionen Euro. Wenn ich sage, es belastet unseren Haushalt hier beim Landschaftsverband, dann bedeutet dies zugleich, dass es die kommunale Familie insgesamt belastet, die im übrigen über die geringeren Ausschüttungen und Zahlung einer geringeren Gewerbesteuer ihrer Sparkassen als Mitgesellschafter der WestLB schon eine deutliche Belastung erfahren.

Diese gesamte Situation fordert uns in der Tat heraus, unseren eigenen Haushalt entsprechend aufzustellen, um zum einen die Leistungsfähigkeit des Landschaftsverbandes Rheinland zu gewährleisten und gleichzeitig aber zu unterstreichen, dass wir als Umlageverband unsere Mitgliedskörperschaften, die uns tragen und stützen, in diesem Jahr hierdurch nicht unverhältnismäßig hoch belasten wollen.

Von daher gilt es auf unseren Haushalt zu schauen, und es gilt den Blick darauf zu richten, wie die weitere Entwicklung und Handlungsfähigkeit des LVR aussehen soll.

Damit wären wir auch schon bei den Haushaltsanträgen, die Sie, meine Damen und Herren der Ampelkoalition, im Zuge der Haushaltsberatungen eingebracht haben. Während wir bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2007 durch zu kurzfristige Vorlage Ihrer Änderungsanträge von der Beratung ausgeschlossen wurden, ist es po-

sitiv zu beurteilen, dass wir Ihre Anträge in diesem Jahr frühzeitiger erhalten haben, sodass eine inhaltliche Beratung möglich war.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, es geht doch.

(Frau Kessing, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber bei Ihnen nicht, Herr Heinrich!)

Mit einem ersten Blick auf die Anzahl Ihrer Anträge könnte man meinen: Das ist ja eine tolle Sache, schaut mal, wie viele Anträge die Ampelkoalition einbringt. – Aber, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, ich denke, hier muss man aufzeigen, dass bei Anträgen zum Haushalt nicht die Quantität, sondern die Qualität der Maßstab dafür ist,

(Pankatz, FDP: Richtig! – Runkler, FDP: Endlich mal Selbstkritik!)

diesen Verband in seiner politischen Steuerung insbesondere über den Haushalt auf den richtigen Weg zu bringen.

Falls Sie geglaubt haben, dass es uns nicht auffällt, muss ich Ihnen heute aufzeigen, dass es wenig geschickt ist, Anträge 1 : 1 einzubringen, die überwiegend aus dem schon vorliegenden Haushaltsentwurf abgeschrieben sind.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist dummes Zeug!)

Immer wieder stellten wir bei näherem Hinsehen in unseren Haushaltsberatungen fest, dass vieles von dem, was Sie über Ihre Anträge in fast allen Fachbereichen einfordern, letztendlich durch den Haushaltsentwurf schon dargestellt ist bzw. dargestellt wird.

Da wir ursprünglich dem Haushalt in der eingebrachten Form mit Ausnahme des Umlagesatzes zustimmen wollten, hatten wir somit keine Gründe, diesen Ihren Anträgen, die Bestandteil des vom Kämmerer und vom Landesdirektor eingebrachten Haushalts waren, zuzustimmen.

Allerdings – und das hat ja die Beratung in den Fachausschüssen auch gezeigt –, waren wir und sind wir nicht dazu bereit, jeden Ihrer Anträge zu unterstützen. Erlauben Sie mir, beispielhaft zwei Bereiche zu benennen. Da wäre zum einen das erneut von Ihnen beschlossene Trainee-Pro-

gramm für das Personal, welches Sie jetzt um ingenieurwissenschaftliche Stellen erweitern wollen, obwohl auch hier wieder, wie schon im letzten Jahr, berechtigte Zweifel an den Tag gelegt werden müssen, ob diese Maßnahme ihre Berechtigung hat.

Es ist bei dem von Ihnen geforderten Trainee-Programm nicht erkennbar, dass der Landschaftsverband diesen Bedarf überhaupt hat. Dennoch bringen Sie dieses Trainee-Programm auf den Weg, unabhängig davon, dass dadurch Kosten mit mehreren hunderttausend Euro verursacht werden.

Das nächste Beispiel, welches auch wieder ein besonderes Geschmäckle hat, sind Ihre Anträge zur energiepolitischen Ausrichtung des Verbandes. Dem Grunde nach sind wir mit Ihnen in dieser Frage gar nicht weit auseinander. Nachhaltige Energiepolitik hat hier bereits beim Landschaftsverband Rheinland ihren Platz, aber sie kann sicherlich verbessert werden.

Nur, meine Damen und Herren von der Ampel, wir halten es für einen schlechten Weg, wenn wir die Verwaltung durch festgelegte Werte und Zahlen in ein Korsett zwingen, das die Verwaltung in ihrem Handeln so einzwängt, dass ebendiese Ziele nicht erreicht werden.

(Zustimmung bei der CDU – Runkler, FDP: NKF nicht begriffen!)

Deshalb haben wir mit unserem Antrag bezweckt, nachhaltige Energiemaßnahmen bzw. Energiepolitik im Landschaftsverband Rheinland zu fördern, allerdings durch eine Gesamtkonzeption, die uns zunächst von den Experten vorgelegt werden sollte.

Auf Basis einer solchen Gesamtkonzeption kann man dann die realistischen Entscheidungen für eine nachhaltige Energiepolitik beim Landschaftsverband auf den Weg bringen. Stückwerk und festgelegte Zahlen helfen uns da nicht wirklich weiter.

Ich könnte noch einige weitere Anträge, in denen wir unterschiedlicher Auffassung sind, hier beleuchten; dies haben wir aber schon in den Fachausschüssen deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Fleiß, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Nur Zeit verschleudern! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das sind keine guten Argumente!)

Lassen Sie mich im Zuge der Haushaltsberatungen noch auf einige andere Bereiche zu sprechen kommen. – Ein bedeutender Bereich für uns als Landschaftsverband Rheinland sind sicherlich unsere kulturellen Aufgaben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU steht zu dem über Jahrzehnte erreichten Ausbau unserer Museen. Anspruch, Niveau und Professionalität unserer archäologischen, volkskundlichen, kultur- und industriegeschichtlichen Museen finden weit über das Rheinland hinaus Beachtung.

In- und ausländische Museen orientieren sich in vielen Teilbereichen an unserem Standard. In Zukunft wird es darauf ankommen, die großen Projekte wie zum Beispiel Xanten oder auch Zeche Zollverein zu einem geordneten und kalkulierbaren Abschluss zu bringen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Ausdehnung des LVR-Engagements, bezogen auf andere nicht LVR-eigene Museen wie zum Beispiel das Museum Zinkhütter Hof in Stolberg, stützen aber auch die Haltung unseres Landesdirektors in der aktuellen Situation, aufgrund der durch den Bürgermeister von Stolberg kurzfristig geforderten Vertragsänderungen die Verträge nicht zu unterzeichnen.

Es muss aber bald, meine Damen und Herren, ein Überblick vorgelegt werden, welche Museen aus fachlicher Sicht und nicht ausschließlich wegen örtlicher Haushaltsnotlagen in eine dauerhafte Mitfinanzierung des LVR einbezogen werden können oder sollen. Der Stellenwert unserer Kulturpolitik ist eine der tragenden Säulen des Landschaftsverbandes Rheinland, und dessen sollten wir uns auch bewusst sein.

Es ist die Kulturpolitik, die uns die Türen zu unseren Mitgliedskörperschaften öffnet und damit gleichzeitig in der Öffentlichkeit die Kompetenz des LVR aufzeigt. Der Fachverwaltung, aber auch dem zuständigen Fachausschuss unter Vorsitz von Professor Dieter Patt gilt hier mein und unser besonderer Dank.

(Beifall bei der CDU)

Schulen: Meine Damen und Herren, die Behindertenschulen, für die der LVR zuständig ist, befinden sich bei uns in guten Händen. Das hat sich schon vor Jahren gezeigt, als im Rahmen der angestrebten Verwaltungsstrukturreform nicht nur keine Gebietskörperschaft eine unserer Schulen übernehmen wollte, sondern auch kein einziger Antrag einer Schule vorlag, die Trägerschaft vom LVR in die einer Mitgliedskörperschaft zu übertragen.

Wir haben unter CDU-Führung in der letzten Wahlperiode den ideologisch bedingten Investitionsstau früherer Jahre aufgelöst und die erforderlichen Baumaßnahmen in die Wege geleitet. Nun müssen wir uns den Fragen der inneren Schulstruktur stellen und auf die Bedürfnisse ganztägiger Betreuung unserer Schülerinnen und Schüler eingehen.

Wir unterstützen dabei ganz eindeutig die Ausweitung des Ganztagsbetriebes an unseren Schulen, sofern dies seitens der Schulen als pädagogisch sinnvoll erkannt und gewünscht sowie auch durch Votum der Schulkonferenzen bekräftigt wird. Dabei erwarten wir auch, dass das Land uns im Ausbau des Ganztagsbetriebes entsprechend unterstützt.

Die für den Landschaftsverband anfallenden Mehrkosten sind nicht nur gut angelegte Gelder im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler, sie werden auch zum Teil durch verringerte Fahrtkosten durch den Wegfall unterschiedlicher Schulschlusszeiten beim Betrieb der Offenen Ganztagschule kompensiert. Die Idee, an unseren Schulen da, wo es möglich und gewünscht wird, Schülerfirmen anzuregen, begrüßen wir ausdrücklich.

Es ist wichtig, alle Formen von Tätigkeit zu unterstützen, die unseren Schülerinnen und Schülern Anregungen bieten, selbst tätig zu werden, selbst eine Leistung zu erbringen, die von anderen, vor allem auch von Außenstehenden anerkannt wird. Das steigert nicht nur das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler, sie merken auch, wie man durch eigene Arbeit für sich persönlich oder für die Gemeinschaft einen Gewinn erzielen kann.

Wir bedauern, meine sehr geehrten Damen und Herren, ausdrücklich, dass der Antrag der CDU-Fraktion, im Sinne der Nachhaltigkeit bei erforderlichen Baumaßnahmen jeweils die ganze

Schule in den Blick zu nehmen und dafür entsprechende Mittel einzusetzen, von der Ampelkoalition abgelehnt wurde. Dies wäre für den Erhalt und die energetische Optimierung unserer Schulen wichtig und richtig gewesen. Hier, meine Damen und Herren von der Ampel, hätten Sie Zeichen setzen können.

(Beifall bei der CDU – Runkler: Wir wollen die Mittel nicht senken für Sie!

Die Nachhaltigkeit bezieht sich aber nicht nur auf bauliche und ökologische Maßnahmen, die Nachhaltigkeit bezieht sich auch auf den pädagogischen Bereich. Es ist die Wahrheit, dass die Atmosphäre eines Gebäudes sich entsprechend auf die Arbeitsbedingungen und auch – auf die Schulen bezogen – auf die Lernsituation auswirkt. Von daher sollte auch bei entsprechenden baulichen Eingriffen die Gelegenheit mitgenutzt werden, die Lernatmosphäre für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch die Arbeitsatmosphäre für das erziehende und betreuende Personal zu optimieren.

Wenn auch der Begriff „Schule als Haus des Lernens“ derzeit nicht mehr von allen gewünscht ist, bleibt er dennoch wichtig und sollte Richtmaß für die Architektur von Schulen sein. Ein gelungenes Beispiel für die Schaffung einer optimalen Lernatmosphäre durch Architektur ist die neu eröffnete Schule in Oberhausen.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Kliniken kommen. Ca. 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort tätig. Die Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland sind nicht nur ob ihrer Größenordnung, sondern auch aufgrund ihrer Qualität eine der tragenden Säulen – wenn nicht die tragende Säule – des Landschaftsverbandes des schlechthin.

Nunmehr stehen wir auch in der Krankenhauslandschaft vor einem Reformprozess, der uns herausfordert. Dieser Reformprozess verlangt insbesondere von der Politik, dass wir mit starkem Willen, Mut, aber auch gleichzeitig Sensibilität diesen Reformprozess der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen und somit für unsere Kliniken verantwortungsvoll begleiten, lenken und gestalten.

Hierbei haben wir uns bis zum heutigen Tage entsprechend eingebracht und werden uns auch

in Zukunft weiterhin einbringen. Die Notwendigkeit eines Reformprozesses auch für unsere Kliniken wird nicht bestritten, um letztendlich die Wettbewerbssituation auf diesem Markt zu bestehen. Wir müssen handeln, sonst zählt die Formel: Wer nicht handelt, wird behandelt.

Und deshalb, meine Damen und Herren, halten wir es für zwingend notwendig, auf der Basis des BDO-Gutachtens und der weiteren Erkenntnisse durch die Fachverwaltung hier eine neue Konzeption auf den Weg zu bringen.

In dieser Frage konnte bisher über Fraktionsgrenzen hinweg ein hohes Maß an Einmütigkeit erreicht werden.

Es ist sicherlich jetzt richtig und wichtig aufzuzeigen, dass wir als CDU-Fraktion keinerlei Privatisierungsgedanken das Wort reden. Deshalb ist es jetzt auch wichtig, den Mitarbeitern zu signalisieren, dass wir als Politik zu unseren Kliniken stehen. Wir müssen allerdings die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen, und gleichzeitig müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, dass sie sich an diesem Wettbewerb beteiligen müssen. Denn nur gemeinsam zwischen Mitarbeiterschaft, Verwaltungsführung und Politik können wir diesen Prozess so stemmen, dass sich unsere Kliniken zukunftsorientiert neu aufstellen und wir in den nächsten Jahren aufzeigen, dass unsere Kliniken des LVR auch zukunftsfähig sind und somit über viele Jahre hinaus Bestand haben können – selbstverständlich immer wieder unter dem Gesichtspunkt für das Wohl und die Lebensqualität der Menschen.

Insoweit begrüßen wir auch den Antrag der Ampel 12/250 zur Zukunft der Rheinischen Kliniken, bedauern aber um so mehr, dass unser Antrag 12/267, hierfür in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt einen Betrag in Höhe von 25 Millionen Euro für Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen in den Haushalt einzustellen, abgelehnt wurde.

Wir sind auch in Zukunft bereit, die Weiterentwicklung der Rheinischen Kliniken gemeinsam mitzuverantworten. Diese Zusage darf aber keine Einbahnstraße sein.

Ich will nicht verhehlen, dass wir als CDU es begrüßt hätten, wenn bei der Auflösung der Versorgungsverwaltung der gesamte Bereich den Landschaftsverbänden zugeordnet worden wäre.

(Detjen, DIE LINKE.: Hört, hört!)

Dennoch müssen wir die Regelungskompetenz des Landtages akzeptieren.

Bedanken möchten wir uns beim Landesdirektor Udo Molsberger und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Eingliederung der neu zu uns gekommenen Angestellten und Beamten zuständig waren, für ihr Engagement bei der reibungslosen Eingliederung der neuen Aufgabengebiete, aber insbesondere bei der herzlichen Aufnahme und Integration der neuen Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Betreutes Wohnen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns sehr, dass die uns vorgelegten Zahlen und Daten im betreuten Wohnen aufzeigen, dass auch hier der Landschaftsverband Rheinland höchst professionell die ihm zugewiesene Aufgabe gemeistert hat. Allerdings wird es in den kommenden Monaten all unserer Bemühungen bedürfen, die befristete Aufgabe des betreuten Wohnens auch zukünftig fortsetzen zu können.

Der Landschaftsverband Rheinland ist der beste Träger, und hierfür wollen wir den Nachweis erbringen. Wir hoffen, dass auch das Land die erfolgreiche Arbeit im betreuten Wohnen entsprechend honorieren wird.

Durch das betreute Wohnen konnten wir auch den wirtschaftlichen Erfolg aufzeigen. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass die Menschen die bestmögliche Betreuung erfahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender, es gäbe noch vieles aus anderen Fachbereichen aufzuzeigen, aber naturgemäß ist es bei Haushaltsreden nicht möglich, alles aufzuzählen.

Deshalb erlauben Sie mir, abschließend noch einmal zum Haushalt und der Umlagesenkung Stellung zu nehmen. Zunächst mussten wir als CDU-Fraktion zur Kenntnis nehmen, dass Rot-Grün-Gelb, noch bevor der Kämmerer den Mitgliedskörperschaften den Haushalt 2008 vorstellen konnte, in die Öffentlichkeit gegangen sind. Dies ist ein nicht akzeptabler Vorgang.

(Zustimmung bei der CDU)

Danach gab es sowohl Forderungen zur Umlagesenkung Ihrerseits als auch unsererseits, die durch das von mir eingangs beschriebene Szenario bei der WestLB relativiert werden mussten. Dennoch, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade jetzt – und wenn nicht jetzt, wann dann? – sollten und müssen wir insbesondere vor dem Hintergrund von Verlässlichkeit, Vertrauen und im partnerschaftlichen Miteinander unseren Mitgliedskörperschaften zur Seite stehen. Diese erfahren – wie bereits schon erwähnt – eine mehrfache Belastung.

Aus diesem Grund dürfen unsere Mitgliedskörperschaften nicht auch noch durch den Landschaftsverband durch eine geringere Senkung der Umlage eine weitere unverhältnismäßig hohe Belastung erfahren.

Deshalb, meine Damen und Herren, stellen wir als CDU-Fraktion heute den Antrag, die Umlage gegenüber dem Haushaltsentwurf um 1,0 Prozentpunkte auf 15,5 Prozentpunkte zu senken.

(Fliß, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Das werden wir ablehnen!)

Wir wissen, dass dies finanzierbar ist, und zwar für die Dauer der Gewährträgerhaftung, also auf einen Zeitraum von konkret acht Jahren, so wie es die Kolleginnen und Kollegen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe beschlossen haben.

(Runkler, FDP: Neuverschuldung!)

Damit erfahren wir zwar eine Haushaltsbelastung, um die wir nicht herumkommen, aber sie wird auf eine längere Zeit angelegt. Damit ist die Belastung für uns und unsere Mitgliedskörperschaften wesentlich besser zu tragen. Sie führt damit nicht zu einer explosionsartigen weiteren Belastung unserer Mitgliedskörperschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Haushaltspolitik der Mehrheit ist durchschaubar.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN: Transparent! Wohl wahr!)

Sie rücken durch Ihren Beschluss, den Umlagesatz lediglich um 0,65 Prozentpunkte zu senken, von Ihrem Ursprungsvorschlag ab. Sie tun dies ausschließlich aus parteitaktischen Gründen, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die jetzige Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und dem Finanzminis-

ter Dr. Helmut Linssen wäre für die Krise der WestLB verantwortlich. Weit gefehlt! Weit gefehlt!

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Wo leben Sie, Herr Heidrich? In welchem Universum? – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie mir gerade zugehört haben, dann wird deutlich, wer die Krise der WestLB in Wahrheit verschuldet hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihr Weg der geringeren Umlagesenkung ist der falsche Weg; denn Sie bestrafen damit jede einzelne unserer Mitgliedskörperschaften für das, was frühere Landesregierungen verursacht haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb appellieren wir an Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, bleiben Sie zuverlässig gegenüber den Mitgliedskörperschaften, indem Sie Ihren ursprünglichen Vorschlag, die Umlage um 1,0 Prozentpunkt zu senken, aufrechterhalten, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Zu unserem Antrag, die Umlage von 16,5 Punkte auf 15,5 Punkte zu senken, beantragen wir namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der Gestaltungsmehrheit)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass die diesjährigen Haushaltsberatungen zugleich die letzten Haushaltsberatungen unseres Landesdirektors Udo Molsberger sind. Wir werden an anderer Stelle Gelegenheit dazu haben, ihm für seine jahrzehntelange Tätigkeit hier im Landschaftsverband Rheinland zu danken.

(Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz möchte ich dir, lieber Udo Molsberger, persönlich, aber auch Namen der gesamten CDU-Fraktion für dein großes Engagement in den vergangenen Jahrzehnten für den Landschaftsverband Rheinland ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle wiederhole ich auch meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landschaftsverbandes Rheinland für ihre geleistete Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Dr. Rolle bitte.

**Dr. Rolle (SPD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Landesdirektor! Lieber Fritz Baur aus Westfalen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz am Anfang das einzige Kompliment an die Landesregierung: Offensichtlich hat sie sich besonnen und ist ein Stück weit zur Vernunft gekommen: Das Thema Integration von zwei kommunalen Landschaftsverbänden in drei staatliche Regionalpräsidien ist bis auf Weiteres vom Tisch!

Die „Welt am Sonntag“ von gestern (09.03.2008) verleiht dazu an Herrn Papke, Herrn Stahl und Innenminister Wolf – ich zitiere – „den Gemeinschaftsehrenpreis für das bisher stillste Begräbnis der Wahlperiode“!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und führt dazu abschließend aus – wiederum Zitat –: „Offenbar sind die Koalitions-Hochzeiter von 2005 im eintönigen Ehe-Alltag angekommen. Das Überlebensmotto lautet: Keine Experimente!“ Gut so !

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Das ist mittlerweile schon Ehekrieg!)

Einsicht? Verdruss? Oder am Ende doch nur Frustration darüber, dass schon viel kleinere Vorhaben ohne Erfolg sind?

Zum 01.01.2008 sind den Landschaftsverbänden nämlich die Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts von den aufgelösten Versorgungsämtern übertragen worden.

Damit ist der Landschaftsverband Rheinland nun alleiniger Ansprechpartner für alle Leistungen der Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie einiger anderer Unterstützungsmöglichkeiten auf der Grundlage des Bundesversorgungsgesetzes. So

weit, so gut. Allerdings wurden uns die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts nicht übertragen. Diese werden nun – entgegen der Forderung aller Verbände – von den Kreisen und kreisfreien Städten wahrgenommen.

Nicht nur thematisch, auch organisatorisch hätte sich hier angeboten, diese überregionalen Aufgaben – wenn denn schon eine gut funktionierende Versorgungsverwaltung zerschlagen werden muss – auf die Landschaftsverbände zu übertragen. Ging aber nicht; denn die wollte man ja auflösen!

Und weil ein Fehler selten allein kommt: Bei der vorgenommenen Übertragung der Aufgaben ist das verfassungsrechtlich festgelegte Konnexitätsprinzip ganz offensichtlich nicht eingehalten worden.

Die mit der Aufgabenübernahme vorgesehene Personal- und Sachkostenerstattung ist völlig unzulänglich. Ein Klageverfahren gegen das Land gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden ist daher unumgänglich, damit unsere Mitgliedskörperschaften nicht indirekt über die Umlage auch noch die Kosten dieser Fehlentscheidung des Landes zu schultern haben.

Gut, dass die kommunale Familie so gut organisiert ist. Fehler der Landesregierung werden zum Beispiele durch interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen einer ärztlichen Kooperation mit den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und dem Rhein-Erft-Kreis teilweise wettgemacht.

Der LVR übernimmt hier als Dienstleister die Organisation und Verwaltung des Ärztlichen Dienstes, den die Mitgliedskörperschaften alleine nicht managen können. Also: Man muss sich das vorstellen! Ein gut funktionierender kommunal übergreifender ärztlicher Dienst wird vom Land aufgelöst, um dann – auf Initiative der Kommunen – vernünftigerweise für diese wieder neu zu entstehen. Eine Ohrfeige für diese Landesregierung! Aber nicht die einzige!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den finanziellen Schwerpunkt des Gesamthaushaltes des LVR bilden die Leistungen für Menschen mit Behinderungen. Die Eingliederungshilfe ist aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts gekennzeichnet durch einen steigenden Anteil von Menschen mit Behinderungen, die auf Leistungen nach dem SGB XII

angewiesen sind und hierauf einen Anspruch haben.

Die SPD-Fraktion vertritt seit Jahren den Standpunkt, dass diese finanziellen Herausforderungen nur dann gemeistert werden können, wenn es gelingt, die Hilfen fachlich weiterzuentwickeln und zugleich auch die Kosten positiv zu beeinflussen: Kurz gesagt: Mehr Qualität durch intelligente, innovative Steuerung der Hilfen. Mehr Qualität heißt für uns: Mehr Autonomie für die betroffenen Menschen.

Dies kann nur gelingen, wenn der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt und, damit einhergehend, ein personenbezogenes, bedarfsorientiertes Leistungsspektrum entwickelt wird.

Die SPD-Fraktion hat zur Unterstützung dieser Neuorientierung in den vergangenen Jahren diverse Programme auf den Weg gebracht. Sie stellt, um den Prozess weiter voranzutreiben, gemeinsam mit den Partnern der Gestaltungsmehrheit die Ihnen vorliegenden Anträge, deren Umsetzungen den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortführen werden.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der vor uns liegende Haushalt für das Jahr 2008 zeigt die Erfolge unserer aktiven Steuerungs politik. Trotz steigender Fallzahlen insgesamt weist der Haushalt bei den Leistungen zum stationären Wohnen eine um 830 Personen sinkende Fallzahl von 2007 nach 2008 aus. Dies ist ein Riesenerfolg und bundesweit einzigartig – Erfolg konsequenter Arbeit meiner Fraktion und der Gestaltungsmehrheit!

Gemeinsam mit unseren Partnern hat die SPD durch eine Vielzahl von Anreizprogrammen und Begleitmaßnahmen den Wechsel vom Heim zum selbstständigen Wohnen begleitet. Und ein Blick in den Haushalt zeigt, dass die Anstrengungen nicht nur den Betroffenen mehr Selbstbestimmung geben, sondern sich auch gut rechnen.

Für das bereits Erreichte geht mein herzlicher Dank an die Verwaltung: den Landesdirektor, die Landesrätin, den Kämmerer und die sonstigen Verhandlungsführer. Sie haben wirklich beachtliche und inzwischen überregional anerkannte Erfolge bei der Ausgestaltung und Steuerung der Eingliederungshilfe erreicht.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ein zentrales – ich glaube, darin sind wir uns einig –, wenn nicht das zentrale Thema für 2008 ist die Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken.

Hierzu habe ich im letzten Jahr ausgeführt – ich zitiere –: „Um eins für die SPD hier ganz unmissverständlich klarzustellen: Wir werden diese Diskussion unter der Prämisse führen, dass die Kliniken in der bewährten Trägerschaft des LVR bleiben und dass eine Privatisierung der Kliniken ausgeschlossen ist.“

Sehr erfreulich ist, dass genau dies die wesentliche Botschaft des inzwischen vorgelegten BDO-Gutachtens ist: Wir können die Zukunft unserer Kliniken auch sichern, ohne sie in eine privatrechtliche Rechtsform zu überführen. Allerdings müssen wir die Kraft zu einer deutlichen Umstrukturierung innerhalb der bestehenden eigenbetrieblichen Rechtsform haben. Wir haben deutlich gemacht, dass wir diesen Weg gehen wollen, und wir sind zuversichtlich, dass wir erfolgreich sein werden.

Der Erhalt der wirtschaftlichen Gesundheit unserer Kliniken auch in schwieriger werdenden Zeiten ist unser Kernanliegen – und zwar als Voraussetzung für das Erreichen des dahinter stehenden Ziels, nämlich die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten, personenzentrierten und wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung des Rheinlandes.

Der Landschaftsverband Rheinland sieht sich insoweit nicht nur als Krankenhausträger in einem Wettbewerbsverhältnis zu anderen Krankenhausträgern, sondern – sozusagen mit Leidenschaft – in einer umfassenden Verantwortung für die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung.

Ich will diesen sehr komplexen Zielbereich mit einigen Stichworten skizzieren:

- die Verbesserung der Wohnortnähe der psychiatrischen Versorgung durch den Ausbau dezentraler Versorgungseinheiten;
- die Schaffung spezialisierter Angebote für bestimmte Bevölkerungsgruppen: zum Beispiel für Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche, für alte Menschen;

- die bessere Vernetzung der Rheinischen Kliniken mit den Sozialpsychiatrischen Zentren und anderen gemeindepsychiatrischen Hilfen und
- die Gewährleistung einer modernen Psychiatrie durch notwendige investive Maßnahmen, die wir letztlich mit unserem Antrag zeitnah sicherstellen wollen, weil nach wie vor Unklarheit über die Höhe der neuen pauschalen Bauförderung durch das Land besteht.

Ich freue mich, dass es in den diesjährigen Haushaltsberatungen gelungen ist, all diese wichtigen Themen zu platzieren, und dass wir insofern davon ausgehen können, die finanzielle Basis für wichtige Entwicklungen in diesen Feldern gelegt zu haben. Leider mussten wir ein weiteres Mal feststellen, dass die Landesregierung durch die geänderte Krankenhausinvestitionsfinanzierung vor allem eigene finanzielle Interessen verfolgt hat, das heißt eine Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Krankenhausträger und somit letztlich auf Kosten der kranken Menschen in unserem Land.

(Zustimmung bei der SPD – Boss, CDU:  
Nein, nein! Das stimmt nun gar nicht! –  
Zuruf von Heidrich, CDU)

Hier haben wir durch unseren Antrag zur tagesklinischen Versorgung unmissverständlich Position bezogen: für bürgerfreundliche Vor-Ort-Behandlung der Patientinnen und Patienten und zugleich für die wirtschaftliche Stärkung der einzelnen Kliniken durch die Errichtung wichtiger Dependancen.

Ein weiteres wichtiges Feld sind die aktuellen Entwicklungen in unseren Schulen. Das Schulgesetz gibt den Schulträgern die Möglichkeit, in einer Pilotphase Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung auszubauen.

Mit dem Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren soll die Grundlage dafür geschaffen werden, alle Maßnahmen der sonderpädagogischen Förderung zu bündeln – also zum Beispiel Diagnose, Beratung, Unterricht, Prävention – und wirkungsvoll an Förderschulen und im allgemeinen Schulsystem durch ein Netzwerk zwischen Kompetenzzentren und allgemeinen Schulen zu verankern.

Kinder sollen früher, unbürokratischer und bedarfsgerechter gefördert werden, und zwar möglichst wohnortnah und präventiv in allgemeinen Schulen.

Fachbezogene Frage: Warum beschult man diese Kinder/Jugendlichen dann nicht direkt in Regelschulen, wie in anderen Ländern – Skandinavien, Südtirol – bereits erfolgreich üblich?

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits: Das Ziel stimmt. Deswegen wollen wir uns diesem Pilotversuch nicht verschließen und fordern die Verwaltung auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die notwendigen Netzwerke zu schaffen und überregional zu steuern, damit langfristig das Ziel erreicht werden kann, alle Kinder an Regelschulen zu beschulen.

Bevor ich mich jetzt mit dem eher trockenen Pflicht-Thema „Umlage“ auseinandersetze, sozusagen als „Tugend“ einer Haushaltsrede, ein paar Worte zu einem schöneren Thema! Als Überleitung will ich dazu kurz einen Vers von Wilhelm Busch nehmen:

Ach, ichühl es!  
Keine Tugend ist so recht nach meinem  
Sinn,  
stets befind' ich mich am Wohlsten,  
wenn ich damit fertig bin!  
Dahingegen so ein Laster,  
ja, das macht mir viel Pläsir.  
und ich hab die hübschen Sachen  
lieber vor als hinter mir!

(Allgemeine Heiterkeit)

Kommen wir also jetzt zur Kultur! Ein Hauptziel unserer Politik im Kulturbereich ist es nach wie vor, den von uns eingeschlagenen Weg der Netzwerkbildung konsequent fortzusetzen. Dies soll mit der Zielsetzung erfolgen, durch Kooperation der LVR-Einrichtungen mit Stiftungen, Einrichtungen und Akteuren in der Region inhaltliche und wirtschaftliche Synergien zu bilden und die Kulturlandschaft Rheinland zu profilieren.

In diesem Zusammenhang haben wir im Jahr 2007 das Max-Ernst-Museum übernommen, das momentan mit der Neo-Rauch-Ausstellung bundesweit sehr positiv von sich reden macht.

Allerdings hat diese Museumsübernahme auch dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit und auch

in unseren Mitgliedskörperschaften der Eindruck entstanden ist, der LVR betreibe die Netzwerkbildung mit dem Ziel, weitere Museen in die Trägerschaft des Landschaftsverbandes zu übernehmen. Entsprechende Wunschvorstellungen von Museumsträgern in diese Richtung sind bekannt.

Generell sehen wir die Zielrichtung unserer Politik hier: In Kooperation mit den einzelnen Partnern, tragfähige Lösungen zu finden.

Ziel kann es nicht sein, lediglich weitere „notleidende“ Museen in den Reigen der LVR-Museen aufzunehmen oder diese auf Kosten der kommunalen Gemeinschaft zu sanieren.

So arbeiten wir zum Beispiel mit dem Museum Zinkhütter Hof in Stolberg an einer Lösung, bei der der Landschaftsverband, das Museum und lokale Partner an einem Strang ziehen, ohne dass die Trägerschaft des Museums verändert wird.

Diese Zusammenarbeit wird als Muster für weitere Kooperationen dienen.

Stolz sind wir auch auf die Zusammenarbeit mit dem Land und der Stadt Essen, was die Zeche Zollverein und das Ruhrmuseum angeht.

Das nächste Thema, das ansteht, heißt „Vogelsang“. Auch hier – wie in allen anderen Fällen – ist es wichtig, dass wir dann, wenn von uns eine finanzielle Beteiligung erwartet wird, auch entsprechend in die Entscheidungsgremien eingebunden werden. Wir werden und müssen uns dann aber auch klar und unmissverständlich unserer Verantwortung stellen, was die inhaltlichen Aspekte angeht.

Insgesamt halten wir es bei allen Kooperationen für wichtig, im Konsens mit allen Partnern individuelle Lösungen zu finden. Da dies oft nicht ohne finanziellen Beitrag möglich ist, haben wir für den Haushalt 2008 zusätzliche Mittel für die Netzwerkbildung vorgesehen.

Auf die Ihnen vorliegenden weiteren Anträge der Gestaltungsmehrheit möchte ich mit Blick auf die Zeit jetzt nicht im Detail eingehen. Trotzdem möchte ich betonen, dass uns die Projekte

– „Schüler wohnen im Museum“,

- die Aufarbeitung der rheinischen Geschichte mit ihren unterschiedlichen Facetten,
- die Verstärkung der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für unsere Museen und
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

sehr am Herzen liegen.

Nun zum Haushalt. Vor rund einem Jahr hat der Landschaftsverband Rheinland den vollständigen Umstieg auf das Neue Kommunale Finanzmanagement – NKF – vorgenommen. Damit haben wir als Umlageverband bundesweit eine Vorbildfunktion übernommen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine – im wahrsten Sinne des Wortes – „erste Bilanz zu ziehen“. Mit der vorzeitigen und zügigen Umstellung ist es gelungen, der Eröffnungsbilanz eine hohe Qualität zu geben. Kaum eine Kommune in Nordrhein-Westfalen war bislang in der Lage, die Eröffnungsbilanz noch im gleichen Jahr, zu dessen Beginn sie aufgestellt wurde, durch die politische Vertretung feststellen zu lassen. Auch dies ist sicherlich vorbildlich.

Die wesentlichen Fakten zu Ihrer Erinnerung: Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Eröffnungsbilanz durch Beschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die sich anschließende überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW bescheinigt dem Landschaftsverband ein hohes Niveau, und das Innenministerium als Aufsichtsbehörde lobt den LVR als Vorreiter in der kommunalen Familie.

Der Verwaltung gebührt an dieser Stelle Dank und Lob zugleich.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch im Haushaltsjahr 2008 gilt es, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen. Das bedeutet für meine Fraktion:

- Entlastung unserer Mitgliedskörperschaften,
- Entschuldung des Haushaltes und
- Qualitätssicherung für die von uns betreuten Menschen.

Wie gerne hätte ich hier heute von einer Umlage-senkung von rund einem Punkt gesprochen. Doch haben uns da die Landesregierung sowie ein schlechtes Banken-Management einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die aktuelle Entwicklung bei der WestLB, die uns durch eine vernünftige, frühzeitige und von allen Finanzexperten geforderte Fusion mit der LBBW so erspart geblieben wäre, lässt dies leider nicht zu. Herr Rüttgers hätte statt – letztendlich sogar nutzloser – Wahlkampfhilfe für „Erziehungscamp Roland“ besser auf den Rat der Experten gehört.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Karl Kraus, ein bekannter Satiriker, hätte das Verhalten des Ministerpräsidenten möglicherweise wie folgt beschrieben:

Es genügt nicht, sich keine Gedanken zu machen, man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was jetzt, Herr Ministerpräsident? Die Kommunen erwarten Antworten; denn immerhin kommen sie mittel- oder unmittelbar für zwei Drittel der Mittel auf, die jetzt zur Sanierung geleistet werden müssen!

120 Millionen Euro allein für den LVR, davon 60 Millionen Euro sofort: Das können wir im Hinblick auf unseren enormen Schuldenstand nicht ausschließlich über Kredite finanzieren, wie von der CDU vorgeschlagen.

(Zuruf von der CDU: Wollen wir ja nicht!)

Damit würden wir die von Landesregierung und Bankmanagern verursachten Schäden auf unsere Kinder und Enkel abwälzen und zugleich die bislang hart erarbeitete Erfüllung der Auflage des Innenministers, den Schuldenstand drastisch zu reduzieren, mit einem Schlag verspielen.

Dazu scheint die CDU bereit zu sein. Die Gestaltungsmehrheit macht da nicht mit!

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und die Gestaltungsmehrheit war es auch, die diesem Wahnsinn der galoppierenden WestLB-

Deckungszusagen, bezogen auf den LVR, massiv entgegengetreten ist – gemeinsam mit den betroffenen Sparkassenverbänden und dem LWL. Gemeinsam haben wir eine Staatsgarantie gefordert und durchgesetzt – für Belastungen, die darüber hinausgehen!

Gemeinsam? Wir dachten, dass alle Fraktionen des LVR hinter diesem Bemühen stehen. Weit gefehlt: Zwei Tage nach schriftlicher Unterzeichnung der entsprechenden Vereinbarung erreicht uns ein Brief der CDU-Fraktion mit folgender Nachricht – Zitat –:

Für die CDU-Fraktion LVR möchten wir feststellen, dass die Forderung einer Staatsbürgschaft unsererseits nie erhoben wurde.

Das heißt, übersetzt in Zahlen: Diese LVR-CDU-Fraktion hätte auch eine Belastung für den LVR von bis zu 300 Millionen Euro hingegenommen!

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ganz genau! So ist das!)

Ich wünsche mir wirklich für so eine große Fraktion mehr Standfestigkeit gegenüber „Ihrer“ Landesregierung!

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wie gesagt: 120 Millionen Euro allein für den LVR, davon 60 Millionen Euro sofort – das können wir nicht mal eben aus der Portokasse zahlen.

Aus diesem Grund haben wir uns schweren Herzens und mit großem Groll gegen die, die diese Entwicklung bei der WestLB zu verantworten haben, dazu entschieden, die Umlage dieses Jahr auf 15,85 Prozent festzuschreiben und somit zumindest immer noch um 0,65 Punkte zu senken.

Das ist ein Kompromiss – das will ich nicht verhehlen –, der keinen wirklich befriedigt, aber die einzig wirklich vernünftige Entscheidung im Hinblick auf Qualitätssicherung einerseits und nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes anderseits!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist dies der letzte LVR-Haushalt in der Gesamtverantwortung des jetzigen Landesdirektors. Lieber Udo Molsberger, ich danke Ihnen für meine Frak-

tion sehr für die insgesamt gute Zusammenarbeit mit der Gestaltungsmehrheit.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es war gewiss nicht immer einfach für Sie mit uns – umgekehrt allerdings auch –, aber Kompliment! Man traut es Ihnen rein körperlich gar nicht zu: Sie haben manch furiosen Drahtseilakt geschafft.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dafür unseren Dank und natürlich Dank auch an alle Mitarbeiterinnen des LVR für Ihre Arbeit mit dem Ziel, „Qualität für Menschen“ zu schaffen, und Dank an Sie alle hier für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Asch.

**Frau Asch** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der bemerkenswerten Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden ist ja eines sehr deutlich geworden. Während die CDU offenbar bereit ist, politische Entwicklungen als Schicksalsschläge zu ertragen, sind wir in der Gestaltungsmehrheit bereit und in der Lage, Politik zu gestalten und Verantwortung zu zeigen. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Über die WestLB als einer Form von Schicksalsschlag zu sprechen, finde ich schon bemerkenswert. Eines aber ist klar – darin sind wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg doch einig –: Die Landesregierung hat uns mit der WestLB unseren Haushalt gründlich versalzen. Sie hat uns die Suppe versalzen. Wir müssen gemeinsam mit den Kommunen dieses versalzene Gericht bis zum letzten Tröpfchen auslöffeln.

Wir hatten in der Gestaltungsmehrheit noch im Januar den Beschluss gefasst, den Vorschlag des Kämmerers zur Umlage für die Kommunen

noch positiver zu gestalten und die Umlage um 0,95 Prozentpunkte zu senken. Meine Damen und Herren, wir hätten die Kommunen gerne in dieser Höhe entlastet, wir hätten das aufgrund der sehr guten Haushaltsgestaltung,

(Heidrich, CDU: Aufgrund der guten Politik!)

aufgrund der guten Politik, die wir hier gemeinsam betreiben, und aufgrund der Kompetenzen der Landesräte auch geschafft, aber die Landesregierung hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht, sodass wir diesen Weg nicht gehen können.

Wir müssen nämlich – das wissen wir – 120 Millionen Euro für die WestLB schultern; 60 Millionen Euro für dieses Haushaltsjahr, 60 Millionen Euro für das nächste. Wir könnten viel mit diesem Geld machen. Wir könnten die Kommunen entlasten, wir könnten 2.400 Arbeitsplätze in Integrationsfirmen schaffen. Aber stattdessen zahlen wir für die verfehlte und wirklich im höchsten Maße unprofessionelle und stümperhafte Politik dieser Landesregierung.

(Boss, CDU: Verwechseln Sie die Landschaftsversammlung nicht mit dem Landtag! Das ist ja nicht zu fassen!)

Wir sehen einerseits, dass die Landes-FDP alles daran setzt, das öffentliche Sparkassennetz sturmreif zu schießen. Und der Ministerpräsident spielt Ihnen dabei in die Hände.

Bitter ist: Hätte Herr Rüttgers – und das müssen Sie von der CDU sich sagen lassen; viele von Ihnen wissen es ja auch – nicht aus verletzter Eitelkeit im letzten Sommer gegen die Fusion mit der LBBW agiert, stünden wir alle, stünde das Land, stünden die Kommunen, stünden die Sparkassen insgesamt besser da.

(Heidrich, CDU: Das Defizit wäre genauso hoch!)

Natürlich bleibt es. Wir müssen den Schaden aus dem Eigenhandel von mehr als 600 Millionen Euro begleichen. Und natürlich können wir die Subprime-Krise nicht ungeschehen machen. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied.

Herr Heidrich, wenn Ihnen das Problem zu komplex erscheint, ist das Ihr Problem. Aber Sie müssen auch die Tatsachen wahrnehmen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Boss, CDU: Das ist ja so was von arrogant!)

Die Folge wäre nämlich, wenn wir uns mit der LBBW in einem tragfähigen Geschäftsmodell befänden, müssten wir uns keine Sorgen um das Runter Rating machen.

(Diekmann, CDU: Stellen Sie sich einmal vor den Spiegel!)

Dann hätten wir Zeit gehabt zu handeln. Jede Minute Zeit bedeutet bares Geld.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, von der CDU-Fraktion das nicht wahrhaben wollen, dann sprechen Sie doch mit Herrn Breuer, der ja Ihrer Partei angehört; dann sprechen Sie mit Ihren Parteifreunden im Aufsichtsrat der WestLB. Die werden Ihnen das bestätigen.

Meine Damen und Herren, es ist einfach unwürdig für einen Ministerpräsidenten, was sich da abspielt. Diese Stümperei kostet uns alle, kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden.

Dabei – und das ist das Dramatische in dieser Situation – ist ja das Ende der Fahnenstange immer noch nicht erreicht. Es ist noch immer nicht klar, welches Geschäftsmodell diese WestLB in der Zukunft haben wird.

(Jülich, CDU: Frau Asch, wir sind hier in der Landschaftsversammlung!)

– Ja, das betrifft ganz wesentlich diesen Haushalt. Wir reden über die kommunalen Belastungen. Die Zusammenhänge können Sie offenbar auch nicht wahrnehmen. Das ist Ihnen allen offenbar zu komplex.

(Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Boss, CDU: Das ist ja nicht zu fassen! Das ist ja nicht wahr!)

Die Bank – aber das wissen Sie zumindest – steht noch immer ohne tragfähiges Geschäftsmodell da. CDU- und FDP-Fraktion im Landtag sind heillos zerstritten. Die einen wollen in die Privatisierung, die anderen haben noch eine Idee davon, dass die Zukunft der WestLB eng mit den Sparkassen und damit mit den kommunalen Finanzen verknüpft ist.

Selbst das finanztechnische Handwerk beherrschen die in der Landesregierung nicht, während alle Miteigentümer – wir als Landschaftsverbände, die Sparkassenverbände – brav die vereinbarten Gremienbeschlüsse umsetzen. Wir haben die 60 Millionen Euro bereitgestellt. Aber die Landesregierung hat noch immer keinen Schimmer, wie sie denn die 760 Millionen Euro, die sie tragen muss, finanzieren will. Es gibt keinen Plan. Das ist finanzpolitische Inkompetenz in Reinform, und es ist eine Brückierung, meine Damen und Herren, der Miteigentümer und damit auch der Landschaftsverbände.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN und SPD)

So stellt man wahrlich kein Vertrauen her für ein Krisenmanagement im schwersten Fahrwasser, in dem wir uns befinden.

Für den LVR bedeutet das – selbst bei dem Wissen, dass ein guter Kämmerer immer noch etwas im Sparstrumpf verbirgt –: Diese Belastungen waren selbst innerhalb des Haushaltsentwurfs nicht mehr darstellbar! Wir wissen genau, dass die Kommunen unter dieser Rüttgers-Politik mehrfach leiden müssen, und können deshalb nur etwa die Hälfte der Belastung über die Umlage weitergeben. Das Ergebnis kennen Sie! Meine Damen und Herren, wir hätten es gerne anders gehabt.

Aber nun ist von der CDU zu hören: Wir wollen die Umlage um einen Prozentpunkt senken; wir wollen das mit dem Verkauf von Vermögen finanzieren. – RWE-Aktien dafür bereitzustellen, ist blanker Populismus.

(Boss, CDU: Das hat doch überhaupt  
keiner gesagt! – Weitere Zurufe von der  
CDU)

– Sie haben in der Presse landauf, landab gesagt, es solle Vermögen dafür bereitgestellt werden. – Dann sagen Sie uns, wenn Sie es jetzt nicht mehr wollen, wie Sie es denn dann finanzieren wollen.

(Boss, CDU: Das haben wir  
Ihnen doch schon längst gesagt!)

Solchen Unsinn kann man nur fordern, wenn man keine Verantwortung hat, wenn man nicht in der Verantwortung steht, weil dies schlicht un-

verantwortlich ist. Der Verkauf ist zurzeit grober wirtschaftlicher Unfug. Schauen Sie sich die Aktienkurse und die Dividenden an!

(Zuruf Heidrich, CDU)

Weil wir gerade bei Verantwortung sind, Herr Heidrich, muss ich Ihnen sagen: Wie Sie sich stellvertretend für die gesamte CDU-Fraktion – und das ist ja für Sie als Vorsitzender nun mal so – immer wieder gebärden, das stellt Sie alle ins Abseits.

(Detjen, DIE LINKE.: Beleidigte Leberwurst!)

Was wir heute Morgen erleben mussten, ist nicht seriös: Hier einen Kandidaten vorzustellen, wobei keine andere Fraktion die Möglichkeit hat, ihn zu befragen, ihn näher kennenzulernen!

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch)

Wir hatten – und das wissen Sie genau – nur zwei Arbeitstage die Möglichkeit, eine Fraktions-sitzung einzuberufen, um den Kandidaten kennenzulernen. So geht man erstens nicht mit Menschen um, und so geht man auch nicht mit Personalentscheidungen um. Damit stellen Sie sich wahrhaft ins Abseits.

(Zustimmung bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, die WestLB ist nicht der einzige Mühlstein, den uns die Landesregierung um den Hals hängt. Sie hat noch mehr vorzuweisen; denn die Politik dieser Landesregierung ist zutiefst kommunalfeindlich.

Ich nenne das Stichwort Klinikfinanzierung: Zunächst hält die Landesregierung das Verfahren an, dann stellt sie die Finanzierung auf Pauschalen um – ohne Übergangsfristen und ausreichende Mittel. Die Zeche müssen die Kommunen und wir als Klinikträger zahlen.

Stichwort Rückzahlung der unrechtmäßig vom Land eingezogenen Solidarbeiträge: Hier stehen noch 40 Millionen Euro aus, die den Landschaftsverbänden, die uns als LVR zustehen.

Stichwort Kindergartengesetz: Die Kommunen werden über Gebühr belastet. Allein die Stadt Köln muss 23 Millionen Euro mehr aufbringen, um diese Belastung bei den Elternbeiträgen zu finanzieren.

Stichwort Zeitpunkt der Kommunalwahl. Auch das ist ein Thema, über das wir hier stundenlang sprechen könnten. Es ist doch völlig absurd, was sich im Moment abspielt. Es wird reine Klientelpolitik gemacht, nämlich einen Wahlzeitpunkt zu manipulieren, um ganze Räte damit über Monate lahmzulegen, nur weil die Regierungskoalition im Lande befürchtet, im Herbst nicht so gut abzuschneiden. Das ist wirklich absurd.

(Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN und SPD)

Stichwort Versorgungsämter, meine Damen und Herren. Die Landesregierung lässt sich als Held der Entbürokratisierung feiern, und wir im Landschaftsverband zahlen die Zeche. Denn so, wie die Sach- und Personalkosten bemessen sind, kosten uns diese politischen Schlagzeilen der Landesregierung Jahr für Jahr mehr als zwei Millionen Euro.

Ich denke, es spricht für sich, dass wir ausnahmsweise einvernehmlich – über alle Fraktionsgrenzen hinweg – gegen das Land vor Gericht ziehen!

Die neuen Aufgaben, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Versorgungsämtern stellen die Verwaltung vor neue Herausforderungen. Die Eingliederung der neuen Kolleginnen und Kollegen ist hochprofessionell vorbereitet worden. Dabei wurden vor allem die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auge behalten.

So manches Sandkorn, das die Landesregierung ins Getriebe streute, hat unsere Verwaltung wieder entfernen können. Vielen Dank dafür ausdrücklich allen daran Beteiligten. Das war nicht immer leicht. Vor allem danke Frau Hoffmann-Badache als der zuständigen Dezernentin!

(Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN und FDP)

Bleiben wir in dem Zuständigkeitsbereich des Sozialdezernates! Meine Damen und Herren, wenn wir den Blick in die Zukunft werfen, dann sollten wir gemeinsam 2009 ganz fest im Auge haben; denn nächstes Jahr wird der Landtag entscheiden, wo auf Dauer die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen liegen soll. Ginge es nur nach Kompetenz, nach Engagement, nach Herzblut, dann müsste uns allen nicht bange sein. Davon

hat nämlich das Dezernat mit allen seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen genug investiert.

Für uns Grüne war und ist das Betreute Wohnen ein Beitrag zur Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung, zu mehr Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Wenn ein Mensch mit Behinderung selbstständig leben will, soll er es tun können, so wie Sie oder ich, ob mit oder ohne Behinderung.

Wir alle wissen: Ein Heimplatz ist teuer; er kostet in der Regel mehr als das Betreute Wohnen. Und bevor wir anfangen umzusteuern, zeigten die Bedarfswahlen immer nur in eine Richtung, nämlich nach oben!

Diese Entwicklung ist durch den flächendeckenden Ausbau des Programms für das Betreute Wohnen durchbrochen! Und das ist sowohl finanz- als auch sozialpolitisch eine gute Botschaft.

Die Verwaltung hat in den letzten Jahren eine Fülle von Maßnahmen ergriffen – nicht wenige auch auf Initiative der politischen Vertretung –, um diese Entwicklung zu ermöglichen. Die bekanntesten sind die Rahmenzielvereinbarung und die Kontakt- und Beratungsstellen.

Aber es gibt wie fast immer weiterhin Verbesserungsbedarf. Wir sehen ihn vor allen Dingen in der Teilhabe an der Tagesgestaltung, vor allem am Wochenende oder abends. Und dabei geht es uns nicht darum, dass neue Angebote speziell für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden, sondern es geht uns um mehr Teilhabe und Inklusion.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen und die gesamte Eingliederungshilfe auf Dauer zur Aufgabe der Landschaftsverbände wird; denn der Erfolg spricht für uns: Der Landschaftsverband Rheinland hat den Wechsel geschafft: weg vom Heim, hin zum selbstständigen Wohnen. Der Mensch mit Behinderung mit seinem Wunsch- und Wahlrecht steht im Mittelpunkt unseres Handelns!

Das, meine Damen und Herren, sollte auch in Kita und Schule zur Regel werden. Viele Eltern wissen genau, was sie sich für ihre Kinder mit

Behinderung wünschen, nämlich den Besuch des Kindergartens oder der Schule um die Ecke, der Regeleinrichtung.

In Südtirol, in Bozen, geht das für alle! In Nordrhein-Westfalen sind noch Widerstände so hoch wie die Alpen zu überwinden! Der vielbeschwo-rene Elternwille zählt nicht, wenn ein behindertes Kind in die Regelschule will. Es gibt zu wenig integrative Kindergartenplätze. Der gemeinsame Unterricht ist oft nur Behelfswerk.

Auch hier fördert die Landesregierung nicht die Integration, sondern sie legt dieser Arbeit im gemeinsamen Unterricht und der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung Steine in den Weg.

Statt zu unterstützen, geht sie klar am Elternwillen und im Übrigen auch an der höchst-richterlichen Rechtsprechung vorbei, wie wir wissen. Wir dagegen im Landschaftsverband, wir wollen Integration voranbringen. Wir haben zwei Anreizprogramme mit diesem Haushalt aufgelegt: eines für die Kindertagesbetreuung und eines für die Schulen. Sie sollen helfen, Schranken und Hemmnisse zu überwinden! Wir sind bereit, gemeinsam mit der Verwaltung Pässe zu bauen und Tunnel zu graben, um zum Ziel zu gelangen, nämlich eine Kita für alle und eine Schule für alle!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Für die psychiatrische Versorgung gilt Kontinuität und Wandel. Wir setzen weiter auf ambulante und stationäre Versorgungssysteme. Wir haben die Bedürfnisse von Migranten und Migrantinnen ebenso im Blick wie die von Jugendlichen oder alten Menschen.

Wir investieren in zukunftsfähige Strukturen der Rheinischen Kliniken. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt als Botschaft an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir halten an den Kliniken als Eigenbetriebe fest.

Wir wissen, dass die Kliniken sich wirtschaftlich besser aufstellen müssen. Veränderungen sind unvermeidbar. Vielleicht wird nicht alles bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Begeisterung stoßen. Aber eines ist klar: Im Unterschied zu allen anderen Bundesländern bleiben die Rheinischen Kliniken in der Trägerschaft des

Landschaftsverbandes Rheinland, in öffentlicher Trägerschaft. Und das, meine Damen und Herren, ist die wesentliche Botschaft.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Aber auch hier gilt natürlich: Nur wer sich verändert, bleibt sich treu. Wir sagen ganz klar: Wir wollen keine Privatisierung der Kliniken. Wir wollen aber Veränderungen, wenn sie transparent und offen angegangen werden. Nur dann sind sie erfolgreich. Wir wollen dies im Dialog mit allen Beteiligten.

Der Grundkonsens aller Fraktionen – wir haben das ja heute Morgen abgestimmt – stimmt uns dabei optimistisch. Frau Lubek als zuständige Landesrätin, wir sind sicher, dass wir diesen Prozess hin zur Umsetzung des BDO-Gutachtens gemeinsam erfolgreich gestalten werden.

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Umweltschutz sehr ehrgeizige Ziele gesteckt. Wir hatten bereits im letzten Jahr beschlossen – Sie werden sich erinnern –, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß jährlich um fünf Prozent zu reduzieren. Nun bringen wir ein ganzes Maßnahmenpaket auf den Weg.

Ich nenne ein paar Beispiele:

- Alle Neubauten werden im Passivhausstandard errichtet.
- Thermische Solaranlagen oder Fotovoltaik werden nicht mehr Ausnahme, sondern Standard sein.
- Die Stromversorgung erfolgt bis zu 100 Prozent aus zertifiziertem Ökostrom.
- 25 Prozent des Wärmeenergiebedarfs werden aus regenerativen Energiequellen abgedeckt.

Aber neben diesen strukturellen Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir auch an die menschliche Komponente gedacht. Denn was nützt die beste Energiesparlampe, wenn niemand sie ausschaltet? Wir wollen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR in energieeffizientem Verhalten geschult werden.

Last but not least wollen wir die im vergangenen Jahr so erfolgreich begonnene Zusammenarbeit

mit den biologischen Stationen ausbauen. Wir wollen Projekte unterstützen, bei denen Menschen mit Behinderung die Natur erleben oder gewachsene Kulturlandschaften erhalten werden. Diese Aufgabe passt sehr gut zum Anforderungsprofil des Landschaftsverbandes.

Es stimmt: Sie von der CDU haben auch erste Anträge zum Thema Nachhaltigkeit gestellt; schon das, denke ich, muss man als Fortschritt werten! Ich sehe das durchaus positiv. Aber der Inhalt erweckt doch bei uns den Eindruck, als wollten sie einen Schritt vor und doch wieder zwei zurückgehen.

Dazu muss ich Ihnen sagen: Beim Wettstreit zur Bewahrung der Schöpfung kommen Sie so nicht aufs Siegereppchen.

Meine Damen und Herren, zur Kultur eines Hauses gehört auch, sich mit seiner Geschichte auseinanderzusetzen. Darin haben wir im Landschaftsverband Rheinland von jeher eine gute Tradition; denn nur wer seine Vergangenheit kennt, ist auch gut für die Zukunft gerüstet. Wir wollen dazu beitragen, dass Opfer ihre Würde zurückerhalten und sie für erlittenes Unrecht entschädigt werden.

Wir werden unsere Initiativen zur Geschichte der Zwangsarbeiterinnen vertiefen. Wir möchten hier ansetzen und die wirklich bewegenden Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und ihren Familien aufbereiten, das Besuchsprogramm fortsetzen und ihnen gleichzeitig in ihrer jetzigen Lebenssituation helfen.

Und wir werden – das ist ein neuer Bereich – die Arbeit der Kinder- und Jugendheime während des Nationalsozialismus und in den ersten Jahren der Bundesrepublik erforschen. Das ist, wie wir wissen, ein ganz dunkles Kapitel: die Heimpädagogik in den 50er- und 60er-Jahren. Wir wollen systematisch die Geschichte des LVR, die Geschichte seiner Vorgängereinstitution in der NS-Zeit beleuchten – jetzt und mit Nachdruck!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Mein Damen und Herren, ich komme zum Schluss und möchte mich sehr herzlich bei den Koalitionsfraktionen bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich bei Bernd Paßmann und Jürgen Rolle für die sehr gute und sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Ich kann sagen: Wir bringen nicht nur immer gute Ergebnisse, sondern machen das auch in einer sehr guten Art miteinander.

Ich darf an der Stelle auch sagen: Die Zusammenarbeit macht Spaß!

(Beifall bei SPD und FDP)

Einen herzlichen Dank auch an alle Landesrätinnen. Sie sind eine tolle Führungsmannschaft. Und weil wir ja heute den Haushalt verabschieden, geht ein besonderer Dank an Harry Voigtsberger; denn wenn das Geld nicht stimmt, fehlt die Grundlage für die Arbeit. Von daher herzlichen Dank, Harry!

Aber es gibt noch einen weiteren Dank auszusprechen. Wir haben es gehört: Heute ist die letzte Landschaftsversammlung unseres Landesdirektors.

Lieber Udo Molsberger, auch ohne viele Worte warst du uns in der Regel ein guter Gesprächspartner – auch in den Zeiten der Opposition, so kann ich sagen.

Wir waren nicht immer einer Meinung, aber wir haben immer gemeinsam – und das schätze ich sehr hoch und sehr wert – um die besten Lösungen für unseren Verband gerungen.

Mit deinem strategischen Denken und deiner Geradlinigkeit hast du manchen Erfolg für den LVR verbucht. Und dafür ein herzliches Dankeschön!

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die FDP spricht Herr Pankatz. Bitte.

**Pankatz (FDP):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach drei hochkarätigen Vorsitzenden kommt jetzt ein einfaches Vorstandsmitglied. Ob es genauso turbulent wie bei meiner Vorrednerin wird, bleibt abzuwarten.

Meine Damen und Herren, auch der vierte Haushaltsplan, den die Gestaltungsmehrheit von SPD,

Grünen und FDP im LVR heute verabschieden wird, bringt eine deutliche Entlastung für die kommunale Familie. Das Ausmaß der Hebesatzsenkung konnte noch einmal gesteigert werden, nämlich um weitere 0,65 Punkte, wie schon erwähnt, nach 0,6 Punkten im Vorjahr. Ich meine, ein schöner Erfolg!

Und er hätte noch markanter ausfallen können, wenn uns nicht der Sanierungsfall WestLB ereilt hätte. Dazu ist heute schon vieles gesagt worden. Immerhin müssen wir „nur“ – in Anführungsstrichen – 19 der 60 Millionen Euro, mit denen der LVR allein dieses Jahr belastet wird, der kommunalen Familie über die Umlage aufbürden.

Wir wissen natürlich genau: Wenn wir heute das Tempo des Schuldenabbaus notgedrungen drosseln, bedeutet das mehr Zinslast in kommenden Jahren. Dabei konnte das Entschuldungsziel, das mit dem Innenminister vereinbart war, nämlich 100 Millionen Euro bis 2008 – also dieses Jahr –, so gut wie erreicht werden, auch dank der umsichtigen Haushaltswirtschaft des Ersten Landesrates Harry Voigtsberger sowie seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich den herzlichen Dank der FDP aussprechen möchte.

(Beifall bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Renate Hötte, die eben Gewählte – dessen sind wir uns sicher –, wird dies gewohnt zupackend und kompetent fortsetzen. Wir haben heute eine gute Wahl getroffen; alle, die daran beteiligt waren, können mit Recht stolz sein.

(Beifall bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Krise der WestLB und ihre Folgen lassen uns das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus dem Auge verlieren. Bis 2014 wollen wir mindestens weitere 100 Millionen Euro abtragen, allen Widrigkeiten zum Trotz. Wir kennen unsere Verantwortung für künftige Generationen. Wir stehen in der Pflicht, die Mitgliedskörperschaften auch künftig bis an die Grenzen des Möglichen zu entlasten. Das heißt auch: Zinszahlungen sind die unsinnigsten, unproduktivsten, ärgerlichsten Haushaltsausgaben überhaupt.

(Zustimmung bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Gerade deshalb lehnen wir auch das Danaergeschick einer unverantwortlichen Umlagesenkung um einen vollen Prozentpunkt – eine Forderung, die die Opposition ohne jede triftige Finanzierungsidee in die Welt trompetet – klar und gelassen ab.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Kurzatmigkeit führt nie zum Erfolg. Dafür kann die CDU des Hauses gut als Beispiel dienen.

Zu diesem traurigen Kapitel zählt die konfuse Haltung der Union zur Neuformierung der Verwaltungsführung. Keine Peinlichkeit blieb ausgelassen. Zunächst wurde den Liberalen, also uns von der FDP, von der CDU versprochen, allein die Spitze des Hauses zu stellen, zuvörderst mit einem Landesdirektor aus den Reihen der FDP-Fraktion;

(Detjen, DIE LINKE.: Hört, hört!)

übrigens ein ausgezeichnete Mann.

(Beifall bei der CDU)

Warum sind Sie nicht zu Beginn der Wahlperiode auf diesen tollen Vorschlag gekommen?

(Zustimmung bei der FDP)

Und hat eine so große Partei nirgends im Land eine eigene qualifizierte Bewerbung auf die Beine stellen können?

(Zuruf von der CDU: Überparteilich!)

Dazu sollte die FDP – wohlgermerkt unter anderem, unter vielem anderen! – auch die Erste Landesrätin und Kämmerin stellen.

Wenn man an diesem blau-gelb-freundlichen Szenario ein Haar in der Suppe finden wollte, dann vielleicht darin, dass die Führung der CDU-Fraktion parallel zu diesen wahrhaft großzügigen Offerten Vereinbarungen mit der SPD anstrebte und anbahnte.

(Heidrich, CDU: Das stimmt doch gar nicht! Immer die gleiche Lüge!)

Und natürlich auch, dass Sie den Namen des auserkorenen Liberalen skrupellos in die Presse trugen und seinen guten Ruf so für Ihre Spielchen missbrauchten.

(Zustimmung bei FDP und SPD)

Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren aus der CDU-Fraktion, sieht anders aus.

(Zustimmung bei der FDP)

Aber die CDU musste natürlich auch wissen, dass die vorzügliche und vorbildliche Zusammenarbeit in der Gestaltungsmehrheit ohnehin einen Koalitionsbruch für Liberale niemals möglich machen würde.

(Zustimmung bei der FDP – Zuruf: Bravo! – Zurufe von der CDU)

Und ich füge hinzu: schon gar nicht aus Postengier.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir sind vertragstreu. Unser Wort zählt. Und wir setzen auch nicht auf U-Boote.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Bündnispartnerinnen und -partnern in der Ampelkoalition für ihre Verlässlichkeit bei manchmal unterschiedlichen Ausgangspositionen, aber stets optimierten Ergebnissen einen Dank aussprechen, vor allen Dingen an die Geschäftsführerin, Frau Kessing, und an die Geschäftsführer, Herrn Böll – er ist nicht da –, und unseren Freund Hans-Otto Runkler, die im Vorfeld mancher Fraktions- und Arbeitskreissitzung gute Vorarbeit geleistet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das bei uns gemeinsam Erarbeitete wird dann meist von allen Beteiligten als besser erkannt als so manche lupenreine Parteiposition. Das Erfolgsrezept, Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wird die Union vermeintlich nie begreifen und schon gar nicht begreifen wollen.

(Beifall bei der FDP  
– Zuruf Jülich, CDU)

Besonders heuchlerisch erscheint es mir, meine Damen und Herren von der Union, dass Sie die Ampelkonstellation gern als höchst verwerflich für Liberale hinstellen. Und wo stehen Sie? Im Bund haben Sie eine große Koalition. In den Kommunen weiß man gar nicht, wo man mit der

Aufzählung Ihrer Bündnisse mit den Grünen anfangen und aufhören soll:

(Heidrich, CDU: Weil die FDP allein so schwach ist!)

Duisburg, Essen, Kleve, Kreis Aachen, Rhein-Sieg-Kreis.

In Mülheim, Herr Heidrich, haben Sie es auch versucht und sind jetzt zur SPD geschwenkt.

(Heidrich, CDU: Wir sind nicht geschwenkt! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Jeder darf hier sagen, was er will!)

Die Liste könnte ich gern verlängern. Hier im LVR werfen Sie in der Pose des moralischen Anklägers allzu viel politischen und menschlichen Anstand über Bord. Kann sich das eigentlich eine CDU leisten? Ich meine, nein.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Scheitern des Versuches, die Liberalen mit dem Geschenkkorb der gesamten Verwaltungsspitze in Versuchung zu führen, fiel schnell die Maske – noch bevor der Karneval vorbei war.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wo die Union gerade noch den Landesdirektor der FDP zuschanzen wollte, war dann die Bestellung von Renate Hötte zur Ersten Landesrätin urplötzlich gegen die demokratische Tradition. Ich denke an Ihre Worte, Herr Heidrich.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind doch Kommunalpolitiker, Sie sollten es besser wissen. Was für ein Unfug, aber auch: wie entlarvend! Und der Katzenjammer hörte am Aschermittwoch nicht auf. Mögen noch so viele in der Union mehr oder minder vernehmlich mit dem erratischen Schlingerkurs ihrer Fraktionsführung hadern, ich frage Sie: Was tun Sie eigentlich dagegen? Gefällt Ihnen die freiwillige Bündnislosigkeit tatsächlich so gut? Goutieren Sie die Angst vor der Verantwortung, die neuerliche Haushaltsablehnung ohne Argumente, das populistische Auswürfeln von Umlagehebesätzen? Schade wäre das schon.

Aber natürlich hat die Gestaltungsmehrheit die Kraft, den Etat zu schultern, auch wenn die Union schmolend im Eckchen kauert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch Fraktionen gestalten ihr Schicksal selbst.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN – Frau Asch, Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN: Alles Schubladen bei der  
CDU!)

Die FDP jedenfalls freut sich über die Fortschritte, die der Landschaftsverband Rheinland ohne jeden vernünftigen Zweifel macht, und zwar unter liberaler Mitwirkung und Mitprägung. Das Damoklesschwert der Verwaltungsstrukturreform ist wieder in den Giftschränk der landespolitischen Ladenhüter zurückgehängt worden.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD  
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Täuschen wir uns nicht, meine Damen und Herren! Irgendwer wird es zu gegebener Zeit aufs Neue entrostet wollen, und wenn es der übliche Verdächtige Lammert wäre, der noch sein Denkmal auf der Verwaltungskarte sucht.

Aber gute Arbeit und Kampfesmut überzeugen – auch in Düsseldorf. Deshalb ist die Zerschlagung der Landschaftsverbände auch diesmal gescheitert. Sie wird stets scheitern, wenn die regionale Selbstverwaltung nicht nur so gut bleibt, sondern immer besser wird.

Der LVR trägt dazu vorbildlich bei. Mehr Lebensqualität und Selbstbestimmung durch ambulante Betreuung statt stationärer Unterbringung, mehr Integration statt kostspieliger Sondereinrichtungen: Das Erfolgsrezept ist richtig, auch wenn wir wachsam bleiben müssen, damit uns nicht aus durchsichtigem Interesse die Kostenverantwortung für behinderte Menschen von eigentlich zahlungspflichtigen Sozialträgern zugeschoben wird.

Wir optimieren unsere Rheinischen Kliniken – und das habe ich eben in einigen Vorreden schon gehört – ganz nach dem liberalen Credo von mehr Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit vor Ort und sichern so ohne Privatisierung oder Änderung der Rechtsform die Zukunft der Kliniken. Und diese Zukunft besteht nicht zuletzt in der Kooperation, in der gemein-

denahen Netzerkennung, in der Erschließung neuer Marktchancen.

Wir haben daher auch die guten Ansätze bei der psychiatrischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund immer wieder vorangetrieben, weil wir wissen, dass es bei diesen nicht weniger Krankheitsfälle, aber noch viel zu wenig medizinische Versorgung gibt.

Meine Damen und Herren, Netze werfen wir auch in der Kultur aus. Ruhr-Museum auf Zollverein: undenkbar ohne das Engagement des LVR. Max-Ernst-Museum: ein Kleinod, dessen Strahlkraft jetzt Zukunft bekommt.

Für die Römerthermen in Zülpich steht eine, so hoffe ich, gute Lösung bevor. Die rheinischen Ruhrgebietsstädte können sich auf unseren Beitrag zur Kulturhauptstadt Europas 2010 freuen. Und dies sind nur einzelne Beispiele, kurz angerissen, für die wirksame Verankerung des LVR im rheinischen Kulturleben, an der auch unsere Einrichtungen großen Anteil und hohes Verdienst haben.

Traditionell schaffen uns die kulturellen Auszeichnungen, die wir für eine großartige Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements verleihen, im Gegenzug Freundschaft und Unterstützung im Lande.

Das gilt natürlich gleichermaßen für die später hinzugekommenen Ehrungen im Sozial- und Jugendbereich, auf die wir ebenso stolz sein können wie auf die Menschen, denen wir sie zukommen lassen.

Netze knüpfen wir auch mit überwältigendem Erfolg im Umweltbereich. Wer hätte gedacht, dass die Kooperation mit den Biologischen Stationen so zügig und überzeugend ins Werk gesetzt werden kann? Qualität und Vielfalt der Projekte, fokussiert auf die Heranführung junger Menschen, von Menschen mit Behinderung, von Menschen mit Migrationshintergrund an Naturerleben und Umweltbildung müssten eigentlich auch verstockte Skeptiker überzeugen. Ich bin sicher, das geschieht auch, selbst wenn es aus politischem Kalkül nicht immer zugegeben wird.

Jungen Menschen wollen wir auch unsere kulturelle Palette näherbringen. Das Programm „Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum“ wird vorangetrieben, mit hoffentlich schneller Präsenz

im Ökologischen Freilichtmuseum Lindlar, behinderungsgerechtem Bettenangebot im Industriemuseum Euskirchen, aber auch mit dem neuen Vorhaben im Archäologischen Park Xanten, für das wir Liberalen uns besonders ins Zeug gelegt haben.

Museumspädagogik wird in unseren Häusern seit jeher sehr hoch gewichtet, und die umfassende, rheinlandweite Vermarktung von beispielgebenden Ausstellungen trägt auch dieser Zielgruppe Rechnung.

Im Rheinischen Freilichtmuseum Kommern, meiner näheren Heimat, ist dies gleichfalls Schwerpunkt. Ich stütze nachdrücklich die Vision des neuen Direktors Dr. Mangold, das Museum „an sich“ nach vorne und seine 67 Bauwerke auf Vordermann zu bringen. So wird, so bleibt das attraktive Angebot rund und zukunftsfähig.

Zukunft für junge Menschen heißt auch: Chancen durch Ausbildung und Qualifizierung. Dies hat der LVR mit dem Erreichen der Ausbildungsquote von sieben Prozent und der Qualifizierungsquote von drei Prozent bereits mit Leben erfüllt – ganz gewiss eine Spitzenposition in der öffentlichen Verwaltung.

Dabei darf der LVR auch an die eigene Zukunft denken, zum Beispiel durch das weitsichtige Traineeprogramm, das Ihnen nicht so gefällt, Herr Heidrich, aber dessen unbestreitbarer Erfolg die Fortführung für uns geradezu selbstverständlich macht.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vom Vorsitzenden des Umweltausschusses werden Sie mit Recht erwarten, dass dieses Zukunftsfeld ebenfalls prägnant herausgestellt wird. Wir machen die Solartechnik als Fotovoltaik oder Wärmegewinnung zum Baustandard, ebenso die Passivhausbauweise, und präzisieren damit unsere Vorjahresbeschlüsse.

Das Öko-Audit verbessert die Position unserer Einrichtungen, unserer Schulen und unserer Kliniken. Kulturlandschaftspflege und Obstwiesenprogramme sind längst Markenzeichen hoher Güte. Wir vertiefen die Zusammenarbeit mit Naturparks und bringen uns in hohem Maße im in-

ternationalen Platz Vogelsang ein – mit Fachverstand und Augenmaß.

Dabei teilen wir die Auffassung der Fachleute – unserer Fachleute –, keine Nutzung um jeden Preis zu forcieren. Wir wollen in Vogelsang kein neues Großhotel, keine Bebauung von Freiflächen. Vogelsang ist ein Unikat, eine Chance für die Eifelregion.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die hälftige Beteiligung des LVR sichert uns das Mitsprache- und das Mitentscheidungsrecht, eine nationalparkverträgliche und denkmalgerechte Aufstellung auf Dauer zu garantieren – bei strikter Kostenkontrolle. Und unsere museale wie historische Kompetenz garantiert, dass Nostalgikern und Verharmlosern der NS-Diktatur Besuch und Aufenthalt dort nachhaltig vergällt werden.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt fühlt sich der LVR dem historischen Bildungsauftrag verpflichtet – im Interesse der Demokratie und zur Immunisierung vor totalitärem Denken, welcher Richtung auch immer.

Es versteht sich von selbst, dass dabei der Blick auf die eigene Vorgeschichte des Landschaftsverbandes, die Geschichte seiner Einrichtungen und Mitarbeiterschaft, auch dann klar bleibt, wenn neben Stolz auch Scham angezeigt ist. Nur gut, dass das lange von der CDU verhinderte Besuchsprogramm für Zwangsarbeiterinnen nun endlich von allen politischen Kräften mitgetragen wird.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Nicht mitgetragen von der Opposition wird in diesem Jahr erneut der Haushalt. Das trifft, so denke ich, die Verwaltung und die Gestaltungsmehrheit weniger als die Verweigerer selbst.

Wenn die CDU nicht über ihren Schatten springen kann, muss sie halt in ihm verharren. Das ist kein Zeugnis von Verantwortungsbereitschaft, zumal die ablehnenden Argumente, so denn überhaupt welche ins Feld geführt wurden, während der gesamten Beratungen äußerst rar geblieben sind. Das war heute nicht wesentlich anders.

Die Gestaltungsmehrheit kann und wird den Haushalt auch in diesem Jahr wieder alleine verantworten. Dazu bekennt sich die FDP-Fraktion im Wissen um die Zukunftsaufgaben des Verbandes. Sie tut dies in Anerkennung der Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in der Verantwortung für die Menschen, für die der LVR Qualität schafft – jetzt im Jahre 2008 und gewiss auch weit darüber hinaus.

An dieser Stelle auch von uns, Herr Landesdirektor Molsberger, einen herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und für das Verständnis, das Sie uns und der Gestaltungsmehrheit entgegengebracht haben. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD  
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die Gruppe DIE LINKE. in der Landschaftsversammlung spricht Herr Detjen.

**Detjen (DIE LINKE.):** Meine Damen und Herren! Ich fasse mich etwas kürzer. Sie müssen also keine Angst haben.

(Allgemeiner Beifall)

Trotzdem will ich auch unsere Haushaltsrede vortragen.

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Herabsetzung der Landschaftsumlage auf 15,85 Prozent halten wir für den richtigen Weg. Wir werden die Gestaltungsmehrheit in dieser Frage unterstützen.

(Beifall bei SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie ja vielleicht gesehen haben, sind die Mehrheiten heute etwas knapp: 55 – 52 – 3. Insofern haben wir eine klare Mehrheit, und Herr Heidrich kann nachher auf seine namentliche Abstimmung verzichten.

(Beifall bei Busche, Die  
Linke. und der SPD)

Auch wir halten den CDU-Antrag für grob fahrlässig. 80 Millionen Euro Fehlbetrag im Finanzhaushalt einzukalkulieren, ist nicht der richtige Weg.

(Zustimmung von  
Busche, DIE LINKE.)

Wir möchten trotzdem erneut anregen, den Verkauf der RWE-Aktien zu prüfen. Der LVR hatte bei den letzten Schwierigkeiten der WestLB 700.000 Aktien verkauft. Würden wir jetzt noch einmal 500.000 Aktien verkaufen, würde der Fehlbetrag ausgeglichen, und der LVR hätte immer noch 1,3 Millionen Aktien.

Eigentlich hätte der Kämmerer das Anfang des Jahres machen müssen. Zu dieser Zeit lag der Kurs pro Aktie bei 100 Euro. Dass die Landesregierung in Sachen WestLB so kläglich versagen würde, konnte der Kämmerer auch zu diesem Zeitpunkt natürlich nicht ansatzweise ahnen.

(Zustimmung von  
Busche, DIE LINKE.)

Ministerpräsident Rüttgers hatte großspurig erklärt, er würde schon ein solides Sanierungskonzept vorlegen. Wir stehen heute vor einem Scherbenhaufen. Dass Finanzminister Linssen jetzt eine Fusion von WestLB und IKB-Bank anstrebt, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Zustimmung bei Busche, DIE LINKE. sowie  
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Viele von Ihnen werden sich noch an den Auftritt von Herrn Fischer hier in der Landschaftsversammlung gut erinnern. Er erweckte den Eindruck, die WestLB sei inzwischen von hochrisikanten Spekulationsgeschäften zu soliden Finanzierungen übergegangen. Inzwischen wissen wir, dass das gelogen war.

Mein Kollege Herr Busche hat die Bank und Herrn Fischer damals wegen ihrer internationalen Geschäfte hier in diesem Saal heftig kritisiert. Dem Spekulationstreiben der WestLB ist von allen bürgerlichen Parteien – und nicht nur von der SPD, Herr Heidrich – tatenlos zugeesehen worden.

(Zustimmung von  
Busche, DIE LINKE.)

Und wenn man heute danach sucht, welche Konsequenzen aus diesen Milliarden-Verlusten gezogen werden, findet man nichts.

Klar ist nur, die Kommunen, das heißt die Einwohner vor Ort, müssen Milliarden Euro zahlen.

Die Kommunalhaushalte werden ab 2008 über die Landschaftsumlage, Verluste bzw. Einlagen der Sparkassen usw. angegriffen. Dieses Geld wird in der Sozial- und Bildungspolitik fehlen.

(Zustimmung von  
Busche, DIE LINKE.)

Das WestLB-Desaster werden wir in den nächsten Jahren Stück für Stück immer wieder zu spüren bekommen.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass das LVR-Motto „Qualität für Menschen“ darunter nicht leidet. Wir werden die Gestaltungsmehrheit unterstützen, wenn sie Qualität erhalten möchte, aber bekämpfen, wenn sie Qualität ausdünnen und abbauen will.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Wir wissen alle, dass bei dem Projekt „Ambulant vor Stationär“ beide Wege möglich sind.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Sie haben den Antrag „Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben fördern“ eingebracht. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Ihre kapitalromantische Fehlinterpretation müssen wir aber kritisieren. Sie wollen die „Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsamtes optimal an die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitgeber anpassen“.

Private Arbeitgeber haben das Interesse und die Bedürfnisse, Profit zu maximieren. Dass wir denen so viele Zuschüsse zahlen, dass sie noch saftige Gewinne erzielen, kann ja wohl in dem Antrag nicht gemeint sein. Oder was sagt die Gestaltungsmehrheit dazu?

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Der Landschaftsverband und die Politik haben die Aufgabe, von den Unternehmen ein gewisses Sozialverhalten einzufordern. Das ist genau das Gegenteil von der Profitlogik in diesem Satz.

Oder ein anderes Beispiel: In der Einrichtung der Jugendhilfe wird wichtige und gleichzeitig schwierige Arbeit geleistet. Jugendliche, die in unserer Gesellschaft nicht Fuß fassen, werden hier außerhalb ihrer Herkunftsfamilien gefördert. Dazu gehört schulische und berufliche Bildung und das Erlernen unserer gesellschaftlichen Normen. Das braucht erfahrenes Personal.

Die Einstellungspraxis des LVR sieht aber so aus, dass bei Stellenneubesetzungen die Beschäftigten immer wie Berufsanfänger eingruppiert werden – unabhängig davon, welche Berufserfahrung sie schon mitbringen. Für erfahrene Kräfte, die sich von außerhalb, aber auch innerhalb des LVR bewerben, ist das also unattraktiv, und wir meinen, es müsse Abhilfe geschaffen werden.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

DIE LINKE. ist der Überzeugung, dass es im Sinne der Qualität der Jugendhilfe im Rheinland absolut notwendig ist, dass sich Berufserfahrung im Berufsfeld wieder lohnen muss. Wir brauchen gutes Personal, deshalb guten Lohn für gute Arbeit.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Schließlich müssen Beschäftigte im öffentlichen Dienst unter immer schwierigeren Arbeitsbedingungen ihren Auftrag erfüllen, wie beispielsweise die starke Zunahme der Patientenübergriffe in den Rheinischen Kliniken zeigt.

Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der Gestaltungsmehrheit auf Probewohnen im Rahmen des Anreizprogramms „Ambulant vor Stationär“. Bereits im Mai letzten Jahres hatten wir im Sozialausschuss eine Anfrage dazu gestellt. Wir fragten unter anderem kritisch nach den Möglichkeiten, die einmal getroffene Entscheidung der Betroffenen zur revidieren, wenn sie sich nach den ersten Erfahrungen doch gegen das ambulante Wohnen entscheiden.

Insbesondere der Verlust des Heimplatzes und damit der gewohnten Umgebung ist ein Problem des bisherigen Systems. Wir freuen uns, dass die Gestaltungsmehrheit nun unsere Kritik aufgegriffen hat.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Die Gestaltungsmehrheit möchte durch den Antrag die Rolle der Sozialpsychiatrischen Zentren durch die Verwaltung überprüfen und eventuell neu definieren lassen. Dieses Anliegen ist richtig. Auf der anderen Seite hat sich die Klientel der SPZ in den letzten Jahren drastisch verändert. Für sogenannte „Systemsprenger“, junge Menschen mit oft verschiedenen psychischen Erkrank-

kungen und/oder Drogensucht, gibt es kaum adäquate Hilfeangebote.

Für diese Menschen und andere mit einem intensiven Hilfebedarf will DIE LINKE. diese Lücke schnell schließen – natürlich basierend auf der vorhandenen Angebotsstruktur der SPZ. Modellprojekte, die die Sozialpsychiatrischen Zentren entwickeln, sind dabei ein Instrument, das zum gewünschten Ziel führen kann. Um hier relativ schnell ein hochwertiges Angebot zu entwickeln und den Betroffenen zur Verfügung zu stellen, steht unser Antrag.

Die Gestaltungsmehrheit stimmt diesem Antrag zu. Dafür möchten wir uns bedanken.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Der Landschaftsverband Rheinland betreibt Förderschulen auf einem hohen Niveau. Das sollte uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aussonderung behinderter Kinder ein deutsches Auslaufmodell ist.

Wir glauben, die Entwicklung weg von Sondereinrichtungen hin zu einer integrativen Schule ist ein unumkehrbarer Prozess;

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

denn er entspricht den Wünschen der Eltern und letztendlich natürlich auch der Schüler. Das Anreizprogramm der Gestaltungsmehrheit zur Förderung der Integration geht zwar in die richtige Richtung. Wir hätten uns hier aber einen offensiveren Kurs innerhalb des LVR gewünscht.

Wir vermissen die Rolle der vom Land demnächst einzurichtenden Kompetenzzentren, für die sich auch vier Förderschulen des LVR beworben haben.

(Beifall von Busche, DIE LINKE. – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber anders angelegt!)

Diese Kompetenzzentren haben in Schleswig-Holstein eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung hin zu einer integrativen Schule als Regelschule gespielt. Alle Kinder werden hier nach einem allgemeinen Lehrplan unterrichtet, der durch einen Förderteil ergänzt wird.

Das Kompetenzzentrum betreut alle Kinder in einem Einzugsbereich, egal ob behindert oder

nicht behindert. Deshalb sollte dieses Instrument künftig besser genutzt werden.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Das wäre ja schön, wenn es hier so wäre!)

Im Landschaftsverband diskutieren wir intensiv über die Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken. Wir sind uns mit der Gestaltungsmehrheit und der Verwaltung – sogar mit der CDU – einig, dass es eine Privatisierung der Kliniken nicht geben darf. Die Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechtes ist inzwischen auch vom Tisch – zum Glück.

Dass die Kliniken eigenbetriebsähnliche Einrichtungen bleiben sollen, begrüßen wir. Dass Ressourcen gebündelt und zusammengelegt werden, halten wir für richtig.

Ob Privat-Stationen die Einnahmenseite und das Know-how der Kliniken verbessern werden, möchten wir doch stark bezweifeln. Wir unterstützen die Verwaltung im Anliegen, eine Qualitätsmarke „Rheinische Kliniken“ zu entwickeln. Sie muss einen gemeinwohlorientierten Ansatz und eine Zielsetzung haben sowie sich von privaten Rechtsformen und Handlungsweisen klar abgrenzen.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Gemeinwohlorientierte Unternehmen können auch schnell, effizient und schlagkräftig arbeiten und wirtschaften. An einem solchen Prozess wollen wir mitwirken. Die Beteiligung einzelner Kliniken an GmbHs lehnen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Auch wenn es nur kleine Beteiligungen sein sollen, halten wir diesen Schritt für problematisch.

Aber der Diskurs wird andauern, und dann sollte man dieses Thema noch einmal konkret an Fallbeispielen diskutieren und die Vor- und Nachteile aufzeigen.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Wir machen uns doch etwas Sorgen um die Entwicklung der Rheinland Kultur GmbH. Hier muss die Verwaltung rasch ein Sanierungskonzept entwickeln. In diesem Zusammenhang sollte auch die Rückabwicklung in einen Eigenbetrieb ernstlich erwogen werden.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Wir finden es unerträglich, dass durch fahrlässiges Management Beschäftigte nicht mehr weiterbeschäftigt wurden bzw. noch entlassen werden können.

Auch Reinigungsfrauen in einer LVR-GmbH, die unsere Museen und Kliniken putzen, sind für DIE LINKE. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Also muss man mit ihnen entsprechend verfahren.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Und im Übrigen möchte ich an diese Stelle klar und deutlich sagen: Unsere Solidarität gehört den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die eine deutliche Lohnerhöhung brauchen. Die kommunalen Arbeitgeber müssen unbedingt nachgeben, damit es zu einem schnellen Tarifabschluss kommt.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

Wir werden uns bei der Gesamtabstimmung enthalten, weil

- erstens der Haushalt sehr viele Pflichtaufgaben erfüllen muss und
- zweitens der Haushalt Verschlechterungen, aber auch Verbesserungen des Status quo enthält, zu denen auch wir mit unserem Antrag beigetragen haben.

Danke schön.

(Beifall von Busche, DIE LINKE.)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8.1:**

#### **Anträge der Fraktionen zum Haushalt**

In den heutigen Fraktionssitzungen wurde Ihnen die aktualisierte Aufstellung aller Anträge zum Haushalt 2008 ausgeteilt. Für die Vertreter der Gruppe DIE LINKE. liegt sie auf den Tischen. Diese Aufstellung enthält das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 7. März 2008.

Wünschen Sie die einzelne Abstimmung zu den gestellten Anträgen?

(Nein! bei der SPD)

Es gibt eine Wortmeldungen dazu? – Herr Heidrich.

**Heidrich (CDU):** Wir sind damit einverstanden, en bloc abstimmen zu lassen – allerdings dann mit dem Ergebnis des Landschaftsausschusses. Wenn wir hier der Abstimmung zustimmen, heißt das nicht, dass wir den Anträgen, denen wir im Ausschuss und in den Fachausschüssen nicht zugestimmt haben, zustimmen. Nur damit das klar ist!

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Gut. – Ich lasse über das Ergebnis der Beratungen des Landschaftsausschusses von der vergangenen Woche, am 7. März, abstimmen. Das enthält eben wegen unterschiedlichen Stimmverhaltens schon im Finanzausschuss das Ergebnis, das Sie vorliegen haben und gibt das wieder, Herr Heidrich. Das wissen Sie ja.

(Heidrich, CDU: Ja!)

Über einzelne Anträge soll also nicht abgestimmt werden.

Dann darf ich Sie noch darauf hinweisen, dass ich bei der Liste noch nicht über die laufenden Nummern 37 und 38 abstimmen lasse; denn sie betreffen den Umlagesatz. Das erfolgt konsequenterweise erst danach. Ich wollte das nur der guten Ordnung halber sagen.

Wer den Anträgen mit den laufenden Nummern 1 bis 36 und 39 der Liste – wie Landschaftsausschuss – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist **einstimmig**.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Umlagesatz – § 6 der Haushaltssatzung. Hierzu liegen Ihnen die Anträge Nr. 12/293 der CDU – das ist die laufende Nummer 37 der Liste – und Nr. 12/297 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – das ist die laufende Nummer 38 der Liste – vor.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion den Antrag Nr. 12/293 abgelehnt und den Antrag Nr. 12/297 mit diesen Stimmen, nämlich von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, gegen die Stimmen der CDU **beschlossen**.

Sind Wortmeldungen hierzu gewünscht? – Herr Heidrich.

**Heidrich** (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Abweichend von den anderen Anträgen beantrage ich, über den Antrag der CDU-Fraktion auf Umlagesenkung um ein Prozent, weil er weitergehend ist, abzustimmen. Ich hatte hierzu bereits in meiner Rede darauf hingewiesen, dass wir namentliche Abstimmung beantragen.

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** In der Tat kann man den Antrag als weitergehend betrachten.

Ich lasse deshalb zunächst über diesen Antrag abstimmen. Da Herr Heidrich für die CDU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat, ist dem Folge zu leisten.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder antworten bei dem Namensaufruf mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung. Wer sich auf dreimaligen Namensaufruf bzw. auf Zuruf des Geschäftsführers wegen Abwesenheit nicht meldet, gilt als abwesend. Ich bitte die Geschäftsführer, die Beisitzer zu unterstützen und ihnen ein entsprechendes Signal zu geben.

Nun noch zur Klarstellung: Stimmen Sie für den Antrag der CDU-Fraktion, antworten Sie bitte mit Ja. Möchten Sie den Antrag ablehnen, dann antworten Sie bitte mit Nein oder eben mit dem Zuruf Stimmenthaltung. Das ist möglich.

Ich darf die Beisitzer bitten, mit dem Aufruf zu beginnen. Wer fängt an? – Frau Soloch.

(Folgt Namensaufruf durch die Beisitzer und mündliche Abgabe der Stimmen durch Zuruf)

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis<sup>\*)</sup> lautet: 46 Jastimmen, 57 Neinstimmen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich rufe jetzt den Antrag der laufenden Nummer 38 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD auf. Ich kann ihn verlesen:

Der Umlagesatz der Landschaftsumlage wird für das Haushaltsjahr 2008 auf 15,85 v. H. festgesetzt (Senkung um 0,65 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Die Verschuldung des LVR wird bis 2014 um mindestens weitere 100 Millionen Euro reduziert.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? (CDU) – Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **angenommen** worden.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

#### **Tagesordnungspunkt 8.2:**

#### **Haushaltssatzung des LVR mit NKF-Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2008**

– Vorlage 12/3055/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2008 die Haushaltssatzung mit der Vorlage 12/3055 beraten.

Das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses ist in der Ergänzungsvorlage 12/3055/1 eingearbeitet. Die Ergänzungsvorlage ist Ihnen in den Fraktionssitzungen ausgeteilt worden bzw. liegt aus.

<sup>\*)</sup> Das Ergebnis wird wenig später korrigiert (siehe Seite 33 dieser Textdokumentation).

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Vorlage 12/3055/1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? (CDU) – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Gruppe DIE LINKE. ist mit Mehrheit so **beschlossen**.

**Punkt 8.3:**

**Wirtschaftsplanentwürfe 2008**

**Punkt 8.3.1:**

**Wirtschaftsplanentwurf 2008 – LVR InfoKom**

– Vorlage Nr. 12/2916 –

Wer dieser Vorlage die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. **Einstimmig**.

**Tagesordnungspunkt 8.3.2:**

**Wirtschaftsplanentwurf 2008 der  
Krankenhauszentralwäschereien des LVR**

– Vorlage Nr. 12/2924 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2008 die Vorlage Nr. 12/2924 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Drucksache zu beschließen.

Ich bitte um Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. **Einstimmig**.

**Punkt 8.3.3:**

**Wirtschaftsplanentwurf 2008 sowie  
Veränderungsnachweis zum Wirtschaftsplan  
2008 der Jugendhilfe  
Rheinland**

– Vorlage Nr. 12/3011/1 –

Ebenfalls beraten am 07.03.2008 im Landschaftsausschuss und einstimmig empfohlen, entsprechend der Drucksache zu beschließen.

Ich darf um Abstimmung bitten. Wer diesem Vorschlag folgen möchte, gebe bitte sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Ent-

haltungen auch nicht. **Einstimmig** so **beschlossen**.

**Punkt 8.3.4:**

**Wirtschaftsplanentwürfe 2008 sowie  
die Veränderungsnachweise zu den  
Wirtschaftsplänen 2008 der Rheinischen  
Kliniken**

– Vorlage Nr. 12/2902 –

Der Landschaftsausschuss hat am 07.03.2008 über diese Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend zu beschließen.

Ich darf um Abstimmung bitten. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

**Tagesordnungspunkt 8.3.5:**

**Wirtschaftsplanentwurf 2008  
des Servicebetriebes Viersen**

– Vorlage Nr. 12/2979 –

Dazu ist ebenfalls im Landschaftsausschuss einstimmig empfohlen worden, der Vorlage Nr. 12/2979 zu folgen.

Wortmeldungen liegen mir keine vor.

Ich bitte um Abstimmung. Wer diesem Beschlussvorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben **einstimmig** so **beschlossen**.

**Punkt 8.3.6:**

**Entwurf der Wirtschaftspläne 2008 der  
HPH-Netze Niederrhein, Mittelrhein-  
Ost und Mittelrhein-West**

– Vorlage Nr. 12/2981 –

Hierzu wurde ebenfalls im Landschaftsausschuss am 7. März einstimmig empfohlen, so zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen?

tungen? – Die sind nicht gegeben. Deshalb **ein-  
stimmig** so **beschlossen**.

Es wird mir gerade die **Korrektur des Abstimmungsergebnisses** gereicht. Wir scheinen uns verrechnet zu haben. Es gab 48 Ja- und 58 Neinstimmen. Ich weiß nicht, wer das jetzt hereingibt. Die Schriftführer haben 46 und 57 errechnet. Das ändert aber nichts am Ergebnis.

(Boss, CDU: Aber 48 ist richtig!)

– Gut, dann haben wir falsche Striche gemacht. Aber Wiederholung ist Quatsch,

(Allgemeine Heiterkeit)

weil das Ergebnis eindeutig ist; es sei denn, Sie haben nichts mehr zu tun.

**Tagesordnungspunkt 9:**

**Anfragen der Mitglieder der  
Landschaftsversammlung**

Es liegen mir keine Anfragen vor.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Osterfest und schöne Ferien.

Die Tagung ist geschlossen.

(Schluss: 12.52 Uhr)